

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

(1/2 Sgr. für die fünfzeilige
Zeile oder deren Raum:
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 19. März. Se. Majestät der König haben Aller-
gnädigst geruht: den Staatsminister von Auerwald, den seit-
herigen Finanzminister, Staatsminister Freiherrn von Patow,
den seitherigen Minister für die landwirtschaftlichen Angelegen-
heiten, Staatsminister Grafen von Pöckel, den seitherigen Mini-
ster des Innern, Staatsminister Grafen von Schwerin, und den
seitherigen Justizminister, Staatsminister von Bernuth, unter
Belassung des Ranges und des Titels, eines Staatsministers,
von ihren Aemtern in Gnaden zu entbinden, und den Staatsmini-
ster von der Heydt unter interimistischer Belassung der oberen
Leitung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Ar-
beiten, zum Finanzminister, den Wirklichen Geheimen Rath Grafen
von Spennitz zum Minister für die landwirtschaftlichen Ange-
legenheiten, den seitherigen Ober-Konsistorialrath von Mähler
zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegen-
heiten, den seitherigen Ober-Staatsanwalt bei dem Kammergericht,
Grafen zur Lippe, zum Justizminister, und den seitherigen Poli-
zeipräsidenten von Jagow zum Minister des Innern zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Lehrer an der
Bau-Akademie, Bauarch und Professor Gustav Stier, den Königl. Kron-
en-Orden dritter Klasse zu verleihen; den ordentlichen Professor an der Uni-
versität zu Berlin, Dr. E. Helwing, zum Geheimen Regierungsrath; und
den Kreisgerichts-Rath Zungeblodt in Riedlinghausen zum Direktor des
Kreisgerichts in Dorsten; sowie die Kreisrichter Fabian in Genthin, Schie-
ferdeder in Hildesheim, Heimlich in Wöhringen, Lange in Hellsberg,
Christ in Köslin und Nieß in Neidenburg zu Kreisgerichts-Räthen zu er-
nennen; desgleichen den Rechtsanwaltschaften und Notaren Jacob zu Königsberg
in Pre. und Kösling zu Osterode den Charakter als „Justizrath“ zu verleihen;
ferner dem Fürsten von Lichnowsky, Rittmeister à la suite des 2. Land-
wehr-Regiments, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Herzogs von
Braunschweig Hohen ihm verliehenen Großkreuzes vom Orden Heinrichs des
Löwen, dem Kommandeur des 2. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 15,
Obersten von Kracht, zur Anlegung des von des Königs der Niederlande
Majestät ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes des Großherzoglich luxembur-
gischen Ordens der Eichenkrone, sowie dem Majorat Schulz vom Westfälischen
Kürassier-Regiment Nr. 4 und dem Bismarck-Schneider von dem
selben Regiment zur Anlegung des von des Großherzogs von Oldenburg Königl.
Hohheit ihnen verliehenen, mit dem Haus- und Verdienst-Orden des Her-
zogs Peter Friedrich Ludwig verbundenen Allgemeinen Ehrenzeichens zweiter
Klasse zu ertheilen.

Der bisherige Kreisrichter Hoffmann zu Neisse ist zum Rechtsanwalt bei
dem Kreisgericht in Kassel und zugleich zum Notar im Departement des Appella-
tionsgerichts zu Ratibor mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kassel ernannt
worden.

Der Landgerichts-Referendarius Ferdinand August Karl Contny
aus Düsseldorf ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten
im Bezirk des Königl. Appellationsgerichts zu Köln ernannt worden.
Der Landgerichts-Referendarius Hugo Siegel aus Köln ist auf Grund
der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirk des Königl.
Appellationsgerichts zu Köln ernannt worden.

Angelommen: Der Erb-Truchseß in der Kurmark-Brandenburg,
von Graevenitz, von Duesberg, der Generalmajor und Kommandeur der 9. In-
fanteriebrigade, von Prondzynski, von Frankfurt a. d. O.
Abgereist: Der Großherzoglich mecklenburgische Botschafts-Gesandte,
Kammerherr Freiherr von Bülow, nach Frankfurt a. M., und der General-
Major und Train-Inspektor von Jacob nach Magdeburg.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 3. Klasse 125. Königl. Klassen-
lotterie fielen 2 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 29,583 und 58,381, 3 Ge-
winne zu 600 Thlr. auf Nr. 18,312, 21,695 und 70,782, 1 Gewinn von 300
Thlr. auf Nr. 11,348 und 9 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 7221, 10,067,
12,974, 17,069, 24,541, 24,585, 82,037, 89,078 und 92,154.
Berlin, den 18. März 1862.
Königliche General-Lotterie-Direktion.

M Das deutsche Handelsgesetz.

IX.

Die Handelsbücher sind das Gewissen des Kaufmanns.
Es könnte täglich Jedem überlassen bleiben, ein gutes oder schlechtes
Gewissen zu haben, allein der Polizei- und Rechtsstaat, nach wel-
chen beiden Richtungen hin der Begriff des modernen Staates her-
vortritt, mischt sich bevormundend in die Privatverhältnisse des
Einzelnen und entdeckt in seinen Beziehungen zu Andern stets ein
allgemeines Interesse, welches ihm gestattet, bestimmte Regeln und
Vorschriften für die Handlungen seiner Angehörigen aufzustellen.
Doch ist hier nicht der Ort, und auch nicht unsere Absicht, von
großen allgemeinen Gesichtspunkten aus unser Gesetz zu kritisieren,
wir begnügen uns vielmehr mit einer einfachen Erläuterung des
durch seine positiven Bestimmungen begründeten Rechtszustandes.

Jeder Kaufmann ist verpflichtet, Bücher zu führen, aus wel-
chen seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens deutlich
zu ersehen sind. Was im Wesentlichen jeder ordnungsliebende
Mann thut, der nicht gerade in einfachen Verhältnissen lebt, und
was für die Kaufleute durch den allgemeinen Handelsgebrauch längst
als Sitte begründet ist, das ist jetzt gesetzliche Pflicht geworden.
Das einfachste Buch, welches dieser Vorschrift entspräche und auch
von anderen Handelsgesetzen, z. B. in Frankreich, Spanien und
Holland ausdrücklich gefordert wird, würde ein Tagebuch oder
Journal sein, in welches nach Ordnung des Datums Tag für Tag
alle Forderungen und Schulden, alle Wechsel und sonstigen Han-
delsgeschäfte, alle empfangenen und geleisteten Zahlungen und die
für den eigenen Hausstand entnommenen Summen eingetragen
werden. Weil aber die Art der Buchführung wesentlich von der Art
und vom Umfang des kaufmännischen Geschäftes abhängt, so
ist das deutsche Handelsgesetz in seinem bureaukratischen Eifer doch
nicht so weit gegangen, speziell vorzuschreiben, welche Bücher ein
Kaufmann führen soll. Er kann also ein Tagebuch oder beliebige
andere Bücher führen, nur müssen sich aus ihnen seine Handelsges-
chäfte und die Lage seines Vermögens klar ersehen lassen. Einige
technische, immerhin ganz sachgemäße Vorschriften hat aber das

Gesetz doch nicht unterdrücken können. Es verpflichtet die Kaufleute,
ihre Handelsbücher binden zu lassen und jedes von ihnen Blatt für
Blatt mit fortlaufenden Zahlen zu versehen. An Stellen, welche
der Regel nach zu beschreiben sind, dürfen keine leeren Zwischen-
räume gelassen werden. Der ursprüngliche Inhalt einer Eintragung
darf weder durch Durchstreichen oder Radirungen unleserlich gemacht
noch überhaupt verändert werden. Auch muß sich der Kaufmann
bei allen seinen Aufzeichnungen einer lebendigen Sprache bedienen.
Der Gebrauch der hebräischen Sprache oder der Schriftzeichen der-
selben ist nicht gestattet. Außer den auf diese Weise eingerichteten
Büchern muß der Kaufmann die empfangenen Handelsbriefe auf-
bewahren und eine Abschrift der abgesandten Handelsbriefe in ein
Kopirbuch eintragen. Er ist ferner verpflichtet, bei dem Beginne
seines Gewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen und Schul-
den, den Betrag seines baaren Geldes und seine anderen Vermö-
gensstücke mit Angabe ihres Werthes zu verzeichnen und eine Bilanz,
d. h. einen das Verhältniß des Vermögens und der Schulden dar-
stellenden Abschluß zu machen, auch demnach jährlich ein solches
Inventar und eine solche Bilanz aufzustellen. Nur bei einem sehr
umfangreichen Waarenlager ist es gestattet, das Inventar desselben
alle zwei Jahre aufzunehmen. Endlich verpflichtet das Gesetz noch
den Kaufmann, seine Handelsbücher, Inventare und Bilanzen zehn
Jahre lang aufzuheben.

Wenn das Gesetz auch dem Kaufmann ordnungs- oder gesetz-
mäßige Buchführung als Pflicht auferlegt, so überträgt es doch die
Aufsicht darüber nur dem Interesse des Kaufmanns selbst und be-
scheidet sich, ihre Erfüllung durch Strafindrohungen unmittelbar
zu erzwingen. Mittelbar freilich wirkt es in dieser Beziehung deut-
lich ein, indem es mit der Erfüllung dieser Pflicht rechtliche Vor-
theile, mit ihrer Verabstimmung rechtliche Nachteile verknüpft. Das
tritt im Konkurse und bei der Beweisführung in Prozessen hervor.
Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, werden wegen
betrügerischen Bankerotts mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren,
und bei dem Vorhandensein von mildernden Umständen mit Ge-
fängnis nicht unter drei Monaten bestraft, wenn sie in der Absicht,
ihre Gläubiger zu benachtheiligen, entweder gar keine Handelsbücher
geführt haben, oder wenn sie dieselben verheimlicht oder vernichtet,
oder auch so geführt oder verändert haben, daß sie keine Uebersicht
des Vermögenszustandes gewähren. Wenn ihnen diese Absicht nicht
nachgewiesen werden kann, so zieht die Unterlassung der un-
ordentlichen Führung ihrer Handelsbücher die bis zu zweijährigem
Gefängnis zu bestimmende Strafe des einfachen Bankerotts nach
sich. Eine gleiche Strafe trifft den zahlungsunfähigen Kaufmann,
der die jährliche Aufstellung der Bilanz unterlassen hat. Sind auch
diese Strafen nur dem zahlungsunfähigen Kaufmann angedroht,
so ist doch auch diese Mahnung drohend genug, um selbst den
mit dem leichtesten Sinn begabten Kaufmann zu einer pünktlichen
Erfüllung der vom Gesetze vorgeschriebenen Buchführung zu ver-
anlassen.

Wir müssen den Schluß unserer Betrachtung über die Handels-
bücher, eine kurze Besprechung ihrer Beweiskraft dem nächsten
Artikel vorbehalten.

(Im Artikel VIII. — Nr. 62 dieser Zeitung — befindet sich
Spalte 1, Zeile 6 von unten ein sinnentstellender Druckfehler. Der
Satz muß heißen: „Er wird also auch beweisen müssen, daß er sich
in der absoluten Unmöglichkeit befand, die Zeitungsnummer, welche
die Veröffentlichung enthält, einzusehen.“)

Deutschland.

Preußen, AD Berlin, 18. März. [Das neue Mini-
sterium; mitmahlliches Programm desselben.] Gleich-
zeitig mit diesen Zeilen geht Ihnen der „Staats-Anzeiger“ zu, wel-
cher die Entlassung der fünf liberalen Minister und die Namen
ihrer Nachfolger veröffentlicht. (Wir haben diese Veränderungen
im Kabinete bereits gestern durch ein Extrablatt zur Kenntnis un-
serer Leser gebracht. D. Red.) Im Laufe des gestrigen Tages war,
wie ich Ihnen meldete, die Neubildung des Kabinetts noch nicht
entschieden, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die in erster Linie
zur Uebernahme der erledigten Posten bezeichneten Personen die
Berufung ablehnten. So unter Anderen die Herren v. Selchow,
v. Möller, v. Pommer-Esche und Graf Rittberg. Statt des für das
Ministerium des Innern bestimmten Herrn v. Selchow tritt Herr
v. Jagow an die Spitze der innern Verwaltung. Derselbe war
früher Landrath in Kreuznach und wurde dann auf besondere
Empfehlung des Herrn v. Auerwald zum Polizeipräsidenten in
Breslau ernannt. Das Handelsdepartement wird nur noch provi-
sorisch durch Herrn v. d. Heydt verwaltet, welcher die Leitung der
Finanzen übernimmt. — Was das Programm des neuen Ministe-
riums betrifft, so dürfte dasselbe wohl binnen Kurzem zur öffent-
lichen Kenntniss gelangen. Soviel man bis jetzt hört, wird das
Ministerium Hohenlohe (denn der Prinz Hohenlohe bleibt an der
Spitze des Kabinetts) im Wesentlichen die Vorlagen, welche die Re-
gierung dem Landtage unterbreitet hatte, wieder aufnehmen, und
zwar mit Einschluß der Kreisordnung, welche allerdings unter den
Auspizien des Prinzen Hohenlohe im Herrenhause eine günstigere
Aufnahme finden dürfte, als bisher. Auch von einer Verminderung
der Forderungen für den Militäretat ist die Rede. Dem ministe-
riellen Programm soll jedoch, wie man versichert, noch eine andere
Veröffentlichung von allerhöchster Seite vorangehen, um das Land
über die Absichten des Königs bei Umgestaltung des Ministeriums
zu beruhigen. Namentlich soll den Ministern die Weisung gegeben
werden, die Grundsätze des Regimentsprogramms vom 8. No-
vember 1858 in richtiger Erkenntnis der Interessen Preußens durch-
zuführen. Den Besorgnissen vor Staatsstreichen soll entschieden

entgegengetreten werden durch die Versicherung, daß der König
nicht beabsichtige, die Rechte der Volksvertretung zu beschränken,
während er andererseits die Pflicht erkenne, die Machtfülle der Krone
zu erhalten und den Partei-Leidenschaften zu wehren.

[Berlin, 18. März. (Vom Hofe; Tagesnachrichten.)
Heute Vormittags 9 Uhr hatte Se. Maj. der König eine Unter-
redung mit den Ministern v. Patow und Graf Schwerin. Wie
man erfährt, hat sich der König von diesen beiden bisherigen Kabi-
netsmitgliedern in huldvollster Weise verabschiedet und die Erwar-
tung ausgesprochen, daß sie im Dienste des Vaterlandes immer auf
dem Posten sein und gerne, wenn der Ruf an sie erginge, wieder
an seiner Seite erscheinen würden. Ich sah beide Minister nicht
ohne Bewegung das Palais verlassen. Um 10 Uhr arbeitete der
König mit dem Chef des Militärkabinetts v. Manteuffel und nahm
darauf den Vortrag des interimistischen Polizeipräsidenten v. Winter
entgegen. Mittags fuhr der König nach dem Herrenhause und prä-
sidierte dort einer Konferenz, an welcher bereits auch die neuen
Minister v. Jagow, Graf Spennitz, Graf zur Lippe und v. Mähler
theilnahmen. Nach dem Schluß des Kabinettsrathes begab sich der
König zum Hrn. v. Auerwald und fuhr dann mit seiner Gemahlin
zum Besuch der Königin-Witwe nach Charlottenburg. Zuvor hatte
der König noch den aus München hier eingetroffenen Gesandten
Grafen Perponcher empfangen. Das neue Ministerium ist hier
zumeist mit großer Gleichgültigkeit aufgenommen worden; man
läßt es sich aber einstweilen gefallen, weil man der Meinung ist,
daß man nur ein Uebergangsministerium vor sich habe. Sehr über-
rascht hat die Ernennung des Ober-Staatsanwalts Grafen zur
Lippe, der jetzt der jüngste Minister ist. Statt seiner hatte man den
Stadtgerichtspräsidenten Dr. Holzapfel erwartet, mit dem wegen
Uebernahme des Justizministeriums auch unterhandelt worden war.
— Die bisherigen Minister werden Berlin schon in kurzer Zeit ver-
lassen. Graf Schwerin geht nach Pagar, v. Patow nach seinem in
der Lausitz gelegenen Gute, Graf Pöckel nach Schettlau in Schle-
sien. Herr v. Bernuth soll ein höherer Verwaltungsposten zuge-
dacht sein und Herr v. Auerwald begiebt sich zur Kräftigung seiner
Gesundheit auf längere Zeit in ein Bad und später nach Schloß-
laben in Ostpreußen. Heute Mittags waren die abgetretenen Minister
längere Zeit im Hotel des Staatsministeriums bei Hrn. v. Auer-
wald versammelt. Morgen werden die Königin und der Kronprinz
die neuen Minister empfangen.

In diesen Tagen soll die Ernennung des Hrn. v. Winter zum
Polizeipräsidenten erfolgen. Die von ihm hinsichtlich der Einthei-
lung der Polizeiverwaltung gestellten Bedingungen, an denen Graf
Schwerin Mancherlei zu bemängeln hatte, sind endlich genehmigt
worden. — Der Minister des Innern v. Jagow machte heute dem
Prinzen Friedrich Karl seinen Besuch. — Im königlichen Palais ist
heute Vormittag die Bühne aufgeschlagen worden, auf welcher am
Geburtsstage des Königs die Festvorstellung stattfinden soll. Der
Generalintendant v. Hülsen war dabei zugegen. Die beiden Proben
finden am Freitag und Sonnabend Vormittag statt. Die Einla-
dungen zu diesem Hoffeste sind zum großen Theil schon erfolgt. Die
photographischen Ansichten vom dem Innern des Palais, welche der
Photograph Günther anfertigen muß, hat die Königin zum Ge-
burtstagsgeschenk für ihren Gemahl bestimmt. — Der General-
Friedr. W. Radzwill, geb. 19. März 1797, feiert morgen seinen Ge-
burtstag. Die allerhöchsten und höchsten Herrschaften, die Genera-
lität etc. werden den Fürsten beglückwünschen und in seinem Hotel
das Dejeuner einnehmen. Am 20. d. M. ist zur Feier des Geburts-
festes des Prinzen Friedrich Karl Familientafel, an welcher auch
fürstliche Gäste aus Dessau erscheinen werden.

[Note des Grafen Bernstorff an den Gesand-
ten v. Balan in Kopenhagen.] Die „K. Z.“ veröffentlicht die
Note, welche vom Grafen Bernstorff an den preussischen Gesand-
ten in Kopenhagen in den Schleswig-holsteinischen Angelegenheiten
unterm 8. Febr. d. J. (gleichlautend mit der vom Grafen Rechberg
erlassenen) gerichtet ist. Dieselbe lautet:

Ex. c. ist die Depesche bereits bekannt, welche der Minister Hall unter
dem 26. Decbr. v. J. an Herrn v. Quade gerichtet hat. Dieser Erwiderung
auf eine Anfrage, welche den Zweck hatte, für unsere Beurtheilung der dänischen
Vorlage eine sichere Grundlage zu gewinnen, hatten wir mit der Erwartung
entgegengesehen, daß durch eine offene und rückhaltlose Erklärung über die An-
sichten der königlichen dänischen Regierung ein bedeutender Schritt zur Verstim-
mung würde gethan werden. Diese Erwartung ist nicht erfüllt worden. Das
dänische Kabinete will die Verhandlungen auf eine provisorische Feststellung der
Verhältnisse des Herzogthums Holstein beschränken. Als Auskunft auf unsere
Anfrage verweist die Depesche vom 26. Decbr. uns auf die Vergangenheit, und
gibt zugleich von der bisherigen Entwicklung der Verhältnisse eine Darstellung,
welche die Anlage gegen den deutschen Bund begründen soll, die Durchführung
einer gemeinsamen Verfassung für die ganze dänische Monarchie unmöglich ge-
macht zu haben. Der Herr Minister Hall lehnt jede Aeußerung über die Ver-
hältnisse des Herzogthums Schleswig ab, und vermeidet es, sich mit Bestimmtheit
über die Bedeutung auszusprechen, welche die dänische Regierung den Ver-
handlungen und Vereinbarungen von 1851 — 52 beilegt. Daß hiedurch den
gegenwärtigen Verhandlungen die einzige sichere Grundlage entzogen wird, liegt
klar zu Tage. Gleichwohl wollen wir, geleitet von dem Wunsche der Verstim-
mung, noch einmal versuchen, diesen Boden wieder zu gewinnen. Dazu ist es
allerdings erforderlich, den Charakter und den Zweck der gegenwärtigen Ver-
handlungen klar ins Auge zu fassen. Denn wenn der dänische Herr Minister
dieselben auf „die vorläufige Lösung der Frage, auf welche Weise dem Bundes-
schlusse vom 8. März 1860 Genüge geschehen könne“, gerichtet wissen will, so
entspricht dies weder dem klaren und einfachen Sinne jenes Beschlusses, noch der
Stellung der beiden Großmächte zu demselben. Der Beschluß vom 8. März
1860, in welchem die Bundesversammlung zum ersten Male und veranlaßt
durch die Mittheilung der königlichen herzoglichen Regierung über interimistisch
getroffene Einrichtungen die Frage wegen eines provisorischen Zustandes ihrer
Entscheidung unterzog, stellte die Bedingungen fest, unter welchen ein solches
Provisorium der königlich-herzoglichen Regierung zugestanden werden könnte;
er drang aber zugleich von Neuem auf Beilegung der Schritte zur Feststel-
lung der durch den Beschluß vom 11. Februar 1858 geforderten definitiven
Ordnung. Er bot hiedurch der königlich-herzoglichen Regierung das Mittel
dar, einen Aufschub des bereits eingeleiteten bundesrechtlichen Verfahrens her-

beizuführen. Wie sollten nun die daran geknüpften Bedingungen den Gegenstand der gegenwärtigen Unterhandlungen bilden können? Diese Bedingungen sind einfach; ihnen zu genügen, liegt in der Hand der königlich-dänischen Regierung, und es bedarf dazu keines neueren Verhandels. Deshalb gehen wir auch nicht weiter auf die Bemerkung der dänischen Deputation ein, „daß die gegenwärtigen Verhandlungen innerhalb einer gegebenen Zeitfrist beendigt sein müßten“. Wir müßten derselben sonst unsererseits die Bemerkung entgegenstellen, daß, wenn nach dem Ablauf der von dem Hrn. Minister Hall angegebenen Zeitfrist durch bestimmte, von der k. dänischen Regierung ausgehende Thatsachen jene Bedingungen überschritten und dem gegenwärtigen provisorischen Zustande präjudiziert würde, der Bund sich selbst verständlich in der Lage befinden würde, das zur Ausführung seines Beschlusses vom 11. Februar 1858 eingeleitete Verfahren seinen weiteren Verlauf nehmen zu lassen. Wollte die königlich dänische Regierung, anstatt der einfachen Erfüllung der Bedingungen jenes Bundesbeschlusses, über ein anderweitiges Provisorium unterhandeln, so stelte sie damit auch die Voraussetzungen desselben in Frage. Zu diesen Voraussetzungen gehört, wie der Herr Minister Hall an einer andern Stelle seiner Depesche bemerkt, das Fortbestehen des Reichsraths. Der Bundesrath konnte dies, als ein provisorisches, in Erwartung einer baldigen definitiven Ordnung und unter bestimmten Bedingungen einstweilen zulassen; als rechtlich begründet konnte er es nicht anerkennen, weil es den Vereinbarungen von 1851–52 widerspricht, welche eine gleichartige Verbindung der verschiedenen Theile der Monarchie und die Vermeidung von irgend die Inkorporation Schleswigs bezweckenden Schritten bedingen. Hätte nun die dänische Regierung in ihren Vorschlägen vom 26. Oktober 1861, anstatt des Reichsraths, neben die hollsteinischen Stände die Einzelstände der übrigen Theile der Monarchie, d. h. den Reichstag des Königreichs und die Stände des Herzogthums Schleswig gestellt, und diesen dieselben Befugnisse wie den hollsteinischen Ständen eingeräumt, so wäre damit offenbar wenigstens jenen beiden wichtigen und integrierenden Bestandtheilen der Vereinbarung von 1851–52 genügt worden, und es könnte alsdann über ein auf den gedachten Vorschlägen beruhendes Provisorium unterhandelt werden, welches die Aussicht auf eine längere Dauer bot und die Verständigung über die definitive organische Verbindung der verschiedenen Theile der Monarchie einer weiteren Entwicklung vorbehielt. Kann dagegen die dänische Regierung sich hierzu nicht entschließen, so müssen die deutschen Mächte es für um so dringender erforderlich erachten, den Versuch der Verständigung über eine definitive Lösung der Verfassungsfrage in ihrem ganzen Zusammenhange und auf ihrer völkerrechtlichen Basis zu machen. Wie sie aber ihrerseits sich hierzu schon bereit erklärt und über ihr eigenes Verhältniß zu dieser Basis sich offen ausgesprochen haben, so wird der nächste Schritt eine bestimmte Vengierung der königlich dänischen Regierung über ihre eigenen Verhältnisse in dieser Beziehung und über ihr Verhältniß zu jener in den Jahren 1851–52 gewonnenen Basis sein müssen. Die deutschen Mächte können sich leider nicht verhehlen, daß dieses bereits in ihrer ersten Rückföhrung ausgesprochenen Verlangen ihnen jetzt durch den Inhalt der Depesche vom 26. Dezember nur noch dringender vor unabweislichen Pflicht gemacht wird. Es kommt hier besonders der Rückblick auf den bisherigen historischen Verlauf in Betracht, in welchem wir, nach der Bemerkung des Herrn Ministers Hall, die gewünschte Auskunft auf unsere Anfrage finden sollen. Diesen Rückblick im Einzelnen einer Kritik zu unterziehen, oder den Bund gegen den darin erhobenen Vorwurf, daß er die definitive Herstellung einer gemeinsamen Verfassung unmöglich gemacht habe, zu vertheidigen, können die beiden deutschen Großmächte nicht mit ihrer Würde vereinbar erachten. Von welcher Seite her man auf eine Auscheidung Holsteins aus dem Gesamtverbande hindrängt, ist offenkundig. Aber die deutschen Mächte müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß die Mäßigung und Langsamkeit, mit welcher der Bund verfahren ist, in eine Anklage gegen ihn verdreht werde. Sie müssen das Kopenhagener Kabinett daran erinnern, daß bereits im Juni 1856, also kurz nach dem Erscheinen der Gesamtverfassung, die Rabinette von Wien und Berlin nicht unterlassen haben, die k. dänische Regierung in der freundschaftlichsten Weise darauf aufmerksam zu machen, wie diese Gesamtverfassung in ihrer Form und Handhabung den Prinzipien nicht entspreche, welche 1851–52 festgestellt worden waren. Sie knüpften daran die Hoffnung, daß die königlich dänische Regierung in dieser Verfassung selbst Mittel finden werde, um in ruhiger Weiterentwicklung die Mängel abzustellen; sie verhehlten derselben aber auch nicht, daß im entgegengegesetzten Falle der deutsche Bund nicht werde umhin können, die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen zu fordern. Jetzt wird es nun dem Bunde zum Vorwurfe gemacht, daß er so spät erst diese Forderungen gestellt, daß er in seiner Langsamkeit Jahre lang erwartet hat, ob das Kopenhagener Kabinett jenem freundschaftlichen Rathe nicht folgen werde! Aber wir wollen der dänischen Depesche nicht auf das Gebiet gegenseitiger Anklagen und einer unfruchtbaren Polemik über die Vergangenheit folgen. Wir wollen darum auch nicht auf dasjenige zurückkommen, was wir in unserer ersten Eröffnung über das Verfahren der Behörden im Herzogthume Schleswig bemerkt. Der Herr Minister Hall wird sich selber sagen, daß Anführungen, die auf weitläufigen und attemmächtigen Thatsachen beruhen, nicht durch eine allgemeine Berufung auf unparteiliche Gerechtigkeit und wohlwollende Milde entkräftet werden können. Wir wollen die Verhandlung durch weitere Berührung dieser offenen Wunde für den Augenblick nicht erschweren; wir wollen vielmehr sofort aussprechen, was wir von der königlich dänischen Regierung für jetzt erwarten müssen, um den durch die Depesche vom 26. Dezbr. in Frage gestellten Boden für die Verhandlungen festhalten zu können. Die Depesche vom 26. Dezbr. giebt gewissermaßen selbst zu, daß die dänische Regierung für das Herzogthum Holstein ins Auge gefaßte Sonderstellung, welche als Grundlage weiterer Entwicklung angenommen werden soll, mit der Basis von 1851–52 nicht übereinstimme. Diese Thatsache wird nicht in Abrede gestellt, sie wird nur zu erklären versucht. Oben so wenig wird geleugnet, daß die Verhandlungen von 1851–52 sich wesentlich auf das Herzogthum Schleswig und zwar auf seine Stellung in der dänischen Gesamtmonarchie sowohl, wie auf die Verhältnisse der Nationalitäten im Innern des Landes bezogen. Nichtsdestoweniger lehnt die Depesche jede Erörterung über Schleswig bei den gegenwärtigen Verhandlungen ab und erklärt das Hineinziehen derselben für etwas Neues und Unberechtigtes. Sie entzieht sich ferner der von uns erbetenen Erklärung über die Art und Weise, wie bei der definitiven Regelung die Basis von 1852 werde zur Geltung gebracht werden können. Sie vermeidet die Beziehung auf die Verhandlungen von 1851–52 und, wo sie dieselben erwähnt, verweist sie auf einen im Jahre 1860 stattgehabten Schriftwechsel, welcher allerdings den Kern der obschwebenden Differenzen und folglich die ihre Ausgleichung bezweckenden Verhandlungen sehr nahe berührt. Wir unsererseits hatten auf diesen Schriftwechsel keinen Bezug nehmen wollen, weil wir in Ansichten, die bei Gelegenheit eines Injidenzpunktes geäußert waren, nicht den wohl erwogenen und definitiven Standpunkt der königlich dänischen Regierung suchen wollten. Ueberdies waren die Behauptungen des Kopenhagener Kabinetts damals sofort dem entschiedenen Proteste der beiden deutschen Großmächte begegnet und wir durften hoffen, daß deren eingehende und gründliche Widerlegung nicht ohne Wirkung geblieben sein würde. Wir konnten daher nicht glauben, daß das Kopenhagener Kabinett Klagen gegen wieder aufnehmen würde, welche dahin zielten, die Existenz bindender Verpflichtungen in Betreff des Herzogthums Schleswig überhaupt in Abrede zu stellen. Es konnte in Kopenhagen vielleicht einen Augenblick übersehen worden sein, daß nicht nur die Räumung Holsteins und die Wiederherstellung der vollen landesherrlichen Gewalt in diesem Herzogthume, sondern auch die Beilegung der deutschen Mächte an europäischen Transaktionen, auf welche die dänische Regierung großes Gewicht legt, von der bindenden Form einer auf Befehl Sr. Maj. des Königs (von Dänemark) abgegebenen Erklärung, wie es in der Depesche des kaiserlichen Kabinetts vom 26. Dezember 1851 heißt, abhängig gemacht worden war, und daß der damalige Herr Minister in seiner Erwiderung vom 29. Januar 1852 diese Erklärung über die, wie im Allgemeinen, so auch namentlich was die Inkorporation Schleswigs in das Königreich betrifft, mit den deutschen Mächten übereinstimmende Auffassung, in Folge der ihm allerhöchsten Ortes ertheilten Ermächtigung, abgab. Wenn nun aber der dänische Herr Minister jetzt selbst wieder an diese Aeußerungen erinnert, so gewinnen sie dadurch allerdings eine erhöhte Bedeutung, und wenn sie im Zusammenhange mit dem ganzen oben kurz angedeuteten Inhalte der Depesche vom 26. Dezember aufgeföhrt werden, so entföhrt dadurch für die deutschen Mächte die Notwendigkeit, an die königlich dänische Regierung zunächst die Frage zu richten: ob sie in den angegebenen Schriftstücken des Jahres 1860 wirklich ihre definitive Auffassung ausgesprochen habe und bei derselben stehen bleibe, — oder: ob sie den bindenden Charakter der 1851–52 abgegebenen Zusagen auch jetzt noch, und zwar auch in Betreff des Herzogthums Schleswig, anerkennen und dieses Anerkenntnis als die Basis der weiteren Verhandlungen mit den deutschen Mächten annehmen wolle. In dem die deutschen Mächte diese Frage an die königlich dänische Regierung richten, sind sie sich bewußt, dadurch die Angelegenheit auf ihren wahren und einfachen Standpunkt zurückzuführen. Nur in der beiderseitigen Anerkennung vorhandener Verpflichtungen kann ein gesicherter Boden für eine Verständigung gefunden werden. Es. u. wollen diesen Erlaß zur Kenntnis des Herrn Ministers Hall bringen und ihm Abschrift desselben übergeben.

— [Rechtsentscheidungen.] Die neueste Nummer des

Justizministerialblattes enthält ein Erkenntnis des Obertribunals vom 6. v. M., wonach in dem Falle, wenn den Geschworenen eine Aufklärung von dem Präsidenten des Schwurgerichts ertheilt werden soll, sämtliche Mitglieder des Gerichtshofes dabei zugegen sein müssen, widrigenfalls das ganze Verfahren nichtig ist, auch wenn die Aufklärung nur einen unwesentlichen Nebenpunkt zum Gegenstand hatte, oder sich nur auf einen von mehreren Angeklagten, oder einen von mehreren Anschuldigungspunkten bezogen haben sollte; ferner ein Erkenntnis desselben Gerichtshofes, wonach Phosphor zu den Giften gerechnet wird, welche die Gesundheit eines Menschen zu zerstören geeignet sind, und die absichtliche Beibringung von Phosphor daher, ohne Rücksicht auf die Quantität desselben nach §. 197 des Strafgesetzbuchs mit Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren zu bestrafen ist; endlich ein Erkenntnis des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, worin ausgeführt wird, daß über die Verbindlichkeit der Eisenbahngesellschaften zur Entrichtung von Kommunalabgaben den betreffenden Gemeinden im Widerspruche mit den Anordnungen der vorgesetzten Aufsichtsbehörde der Rechtsweg nicht gestattet werden könne.

— [Central-Wahlkomité der konstitutionellen Partei.] Es hat sich aus Mitgliedern und Gefinnungsgenossen der Fraktion Grabow ein Centralwahlkomité gebildet, welches seine Konstituierung in folgender Weise anzeigt: „Die Unterzeichneten sind auf Grund des Programms der konstitutionellen Partei vom 17. März zu einem Centralwahlkomité zusammengetreten. Dasselbe wird sich durch Gefinnungsgenossen aus Berlin und den Provinzen noch weiter ergänzen und macht es sich zur Aufgabe, einen Mittelpunkt für alle Bestrebungen zu bilden, die auf liberale Wahlen im Sinne des genannten Programms einzuwirken suchen. Alle Zuschriften, Vorschläge und Anfragen in Betreff der Aufstellung von Kandidaten, der Verbreitung von Druckschriften und anderer geeigneter Maaßregeln bitten wir an den Schriftführer des Komités, Herrn Dr. Max Weber, zu richten, dessen Bureau sich Leipzigerstraße Nr. 109a. befindet.“ Unterzeichnet ist diese Aufforderung von den Herren: v. Benda (Rudow). Baerwald. Baubouin. Braemer (Ernstberg). Hermann Dunder. Fischer (Breslau). Fabel (Halle). Grabow (Prenzlau). Hebermann, Bürgermeister. Jacob (Halle). Jüngken (Reinsdorf). Karsten (Waldenburg). Wilhelm Krause. Lic. Krause. Dr. Lette. Model. Dr. Moede (Breslau). Molinari (Breslau). Dr. Quinde. Georg Reimer. Dr. Riedel. Dr. Röpell (Breslau). Robert Tornow (Rudow). v. Saucken (Zulienfelde). Dr. Sultan Schmidt. Ufert. Dr. Weit. v. Wincke (Dlbenndorf). Dr. Max Weber. Dr. Zimmermann.

— [Ueber die Entweichung der Lieutenants v. Sobbe und Puck.] meldet die ministerielle „A. V. Z.“: Die sehr bedauerliche Thatsache der Entweichung und Desertion der Lieutenants v. Sobbe und Puck aus ihrer Untersuchungshaft in Glogau hat manchen Organen der Presse Veranlassung gegeben: ohne Kenntnis der näheren Umstände, ohne das Resultat der amtlichen Untersuchung abzuwarten, gehässige Unterstellungen hinsichtlich der Pflüchterfüllung der Festungsbehörden bei der Beaufsichtigung der Inhaftirten zu verbreiten. Obgleich die betreffenden Untersuchungsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, so läßt sich doch schon so viel übersehen, daß diese Unterstellungen aus der Luft gegriffen sind und den Festungsbehörden, welche hinsichtlich der Beaufsichtigung der zwei Offiziere den in ähnlichen Fällen gebräuchlichen Regeln gefolgt sind, keine Schuld beizumessen ist. Die Nachforschungen nach etwaigen Beförderern oder Begünstigern des Verbrechens haben bisher kein Resultat ergeben. Doch werden dieselben fortgesetzt und wird sich dem Vernehmen nach der kommandirende General des V. Armeekorps selbst zur Leitung der bezüglichen Ermittlungen an Ort und Stelle begeben. (Ist, wie wir hören, bereits geschehen. D. Red.)

— [Die falschen 50-Thaler-Banknoten.] Als leicht erkennbares Unterscheidungszeichen der echten von den kursirenden falschen 50-Thaler-Banknoten nennt der „Publ.“ Folgendes: Bei den echten Noten wiederholt sich die auf denselben gedruckte Jahreszahl in den beiden unteren Eckenmedaillons als Wasserzeichen, so daß links das Tausend und die Hunderte, rechts aber die Zehner und Einer stehen; auf den unechten Noten dagegen fehlt die Jahreszahl im Wasserzeichen gänzlich.

Danzig, 16. März. [Verurtheilung.] Das „D. D.“ schreibt: Wie streng die Militärgefeße den Mißbrauch der Waffe ahnden, zeigt die Bestrafung der beiden vor einigen Wochen bei einem Ergeß in der Johannisgasse betheiligten gewesenen Unteroffiziere, welche zur Degradation und zweijähriger Einstellung in eine Straffektion verurtheilt sind.

Wien, 16. März. [Tagesnotizen.] Dem Hause der Abgeordneten liegt als Regierungsvorlage der Entwurf eines Gesetzes vor, womit eine Erhöhung des außerordentlichen Zuschlages zu den direkten Steuern, gültig für das ganze Reich, angeordnet wird. Die Erhöhung beträgt fünf Zwölftel der ordentlichen Gebühr bei Grundsteuer, der Hauskassensteuer und der Erwerbsteuer. Verdoppelt wird sie bei der Einkommensteuer. — Das Rekrutenkontingent von 85,000 Mann wurde auf die Kronländer der Monarchie folgendermaßen vertheilt: Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg 5749 Mann, Steiermark 2624, Kärnten 848, Krain 1222, Küstenland 1226, Lombardo-Venetien 6417, Böhmen 12497, Mähren und Schlesien 6121, Galizien und Bukowina 13,285, Dalmatien 896, Triest 1132, zusammen 52,000 Mann; die übrigen 33,000 Mann vertheilen sich auf die Kronländer „jenseits der Leitha“: Ungarn, Kroaten, Slawonien und Siebenbürgen. — Dr. Ad. Tellenik, der bekannte israelitische Prediger, hielt gestern einen glänzenden Kanzelvortrag, für den er die Aeußerung des preussischen Kultusministers Bethmann-Hollweg über Atheismus und Unduldsamkeit der Juden zum Gegenstande der Besprechung herausgab. — Die Dampfsmühle in Fiume ist ein Raub der Flammen geworden. Hiesige Versicherungsanstalten sind, wie es heißt, ohne Abzug der Rückversicherung, bis zum Betrage von 600,000 fl. dabei betheilig. Nur das Wohnhaus und die Schmiede sind stehen geblieben. Der Vorrath an Getreide belief sich auf nur 12,000 Star, dagegen war ziemlich viel Mehl auf dem Lager. Alles dies verbrannte mit. — In der Sitzung der Generalkongregation des Komités zu Agrar am 13. d. wurde beschlossen, eine Repräsentation an Sr. Majestät um baldige Einberufung des Landtages zu richten, den Statthalterreirath um Rückgabe des Komitatshauses zu bitten; ferner soll anlässlich der noch stattfindenden militärischen Steuererhebung eine Repräsentation an Sr. Majestät abgeföhrt

werden. — Das „Giornale di Verona“ meldet, daß eine Miß Florence Hamilton, über deren polizeiliche Durchsuchung in Veschiera ein lombardisches Blatt sich sehr ungehalten geäußert, in Desenzano nicht nur noch strenger untersucht, sondern vom Polizeidirektor von Brescia verhaftet und dem Carabinieri übergeben wurde. — Die Nummer 58 des „Dziennik Polski“ vom 11. März wurde wegen einer Adresse der Lemberger israelitischen Jugend an die Herren Meißels, Jastrow und Krautstüd von der Behörde mit Beschlag belegt.

Braunschweig, 15. März. [Nationalverein.] In einer vorgestern abgehaltenen Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins ist nachstehende Resolution, die von dem Vorsitzenden, Obergerichts-Advokaten Häusler, vorgeschlagen und von ihm und dem Obergerichts-Advokaten Lucius begründet wurde, einstimmig angenommen:

In der Haltung des aufgelösten preussischen Abgeordnetenhauses, in seinen Beschlüssen in der kurhessischen Sache, in seinen Anträgen in der deutschen Frage finden wir die Gewissheit, daß das preussische Volk in seiner Majorität die nationale Aufgabe Preußens richtig erfaßt hat. Indem wir der festen Zuversicht sind, daß die von der Krone Preußens durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses eingelegte Berufung an das Volk jenes Bestätigen, und ein neues gewähltes Haus nicht minder entschieden in seiner Majorität denselben Standpunkt einnehmen wird, hoffen wir, daß dem wiederholt ausgesprochenen Volkswillen gegenüber die noch zögernde und zaghafte Politik der preussischen Regierung einer festen und energischen Verfolgung der deutschen Aufgabe Preußens Platz machen wird. Nicht minder erwarten wir und erkennen es als Hauptaufgabe der nationalen Partei an, daß in den Volksvertretungen auch der übrigen deutschen Staaten die nationalen Bestrebungen zur Geltung kommen, und daß dadurch auch deren Regierungen genöhigt werden, dem von einzelnen Regierungen, den Regierungen von Baden, Sachsen, Weimar und Koburg-Gotha, gegebenen hochherzigen Beispiele zu folgen. Aus allen diesen Gründen halten wir an der Hoffnung fest, daß die nationale Umgestaltung Deutschlands auf friedlichem Wege gelingen werde. In der Ansprache des Ausschusses des Nationalvereins, indem sie dessen Mitglieder zur Ausdauer in der Verfolgung seiner Ziele auffordert, finden wir unsere eigenen Ansichten und Vorschläge ausgesprochen.

Die zahlreiche auch von vielen Nichtmitgliedern besuchte Versammlung trennte sich unter einem Hoch auf Deutschland und die liberale Majorität des preuß. Abgeordnetenhauses. (D. R. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 16. März. [Die Krisis in Preußen.] Die „Morning Post“ kommt auf die preussische Kammerauflösung zurück und bemerkt: Wenn man die Auflösung auch für unpolitisch halten muß, so leidet es doch keinen Zweifel, daß der König dabei ein streng verfassungsmäßiges Verfahren beobachtet hat. Die Minister hatten beschlossen, nicht ans Land zu appelliren, weil sie ganz richtig die Unmöglichkeit erkannten, ihre Haltung in der Budgetfrage vor dem Lande zu vertreten. Sie resignirten also und wollten einem liberaleren, aus den Elementen der siegreichen Opposition zu bildenden Ministerium Platz machen. Der König jedoch wollte die Dinge nicht so weit gehen lassen. Er zog den verzweifelten Versuch vor, dem bestehenden Kabinett durch eine Auflösung eine Majorität zu verschaffen. Er bewog die Minister, ihr Entlassungsgesuch zurückzunehmen. Die Minister fanden es natürlich unmöglich, mit der jetzigen Kammer fortzuregieren, und machten ohne Zweifel die Auflösung zur Bedingung ihres Bleibens. So weit ist Alles ganz konstitutionell. Aber die Berufung ans Land ist vollkommen sinnlos. Die aufgelöste Kammer hatte verlangt, daß das alljährlich vorzulegende Budget die Einzelheiten der Einnahme und Ausgabe enthalten solle. Die Minister dagegen behaupteten, die Finanzen seien ausschließlich Sache der Exekutive, was freilich in einem absolutistischen Staate der Fall ist, einfach weil es da keine andere politische Institution giebt, die eine Theilnahme an der Regierung beanspruchen kann. Aber in jedem Lande, wo vollvertretende Einrichtungen in irgend einem Grade bestehen, gehört eine praktische Aufsicht über die Finanzen zu den allerersten Befugnissen einer gesetzgebenden Kammer. Das erste Recht eines frei regierten Volkes ist überall in der Welt das Recht, bei seiner Besteuerung mitzuwirken. Ueber die Verwendung der bewilligten und gezahlten Gelder muß es billigerweise auch einige Kontrolle haben. Bewilligung der Gelder im Detail wie im Gesamtbetrage ist daher allgemein als die geeignete Funktion eines Abgeordnetenhauses anerkannt worden, selbst wenn es gar keine andere Funktion hätte. Eine Regierung, die eine aus Volkswahlen hervorgegangene Kammer anerkennt, kann dies unmöglich bestreiten. Aber das Kabinett hatte thatsächlich sich noch mehr gebunden. Es hatte das Recht der Kammer, über den Stand der Einnahme und Ausgabe Aufschluß zu erhalten, förmlich anerkannt, indem es ein Budget vorlegte. Die Kammer verlangte daher mit Recht, daß diese Vorlage keine bloße Form, kein Possenspiel sei. Glaubt Jemand, das Land werde sich nicht auch gegen, sondern lieber für ein Possenspiel erklären? Nein, die neue Kammer kann unmöglich gefügiger ausfallen, als die aufgelöste. Wenn sie sich eben so entschlossen zeigt, wird der König nachgeben und das Ministerium abtreten müssen. Es ist daher wohl möglich, daß die gegenwärtige Aera der parlamentarischen Regierung in Preußen von nicht geringer Wichtigkeit ist. Angenommen, daß die nächste Kammer den König zur Nachgiebigkeit bringt, so werden dadurch zwei große Prinzipien festgestellt: Die Verpflichtung der Krone, ein Ministerium zu bilden, welches den Willen der Majorität darstellt, und das Recht des Abgeordnetenhauses, die Einnahme und Ausgabe mehr oder weniger direkt und wirksam zu kontrolliren. — In einem, die „Situation Preußens“ überschriebenen Artikel sagt der „Economist“: „Die genaue Bedeutung der neuen Lage in Preußen scheint in England kaum verstanden zu werden. Dem oberflächlichen Zuschauer scheint es vielleicht, als ob Preußen sich in die revolutionären Tendenzen des Jahres 1848 anheimzufallen. Denn Männer wie Waldeck waren in die Kammer gewählt, und an Brangel dachte man wieder, als von militärischen Vorsichtsmaaßregeln die Rede war. Aber nein, die Verhältnisse sind nicht dieselben wie vor zwölf Jahren. Damals war Preußen unter den revolutionären Staaten einer der ruhigsten, heute ist es einer der besonnensten unter den reformirenden Staaten. Selbst Herr Waldeck predigt die Bibel der Verfassung, und die Kreuzzeitungspartei ist nicht mehr das, was sie unter dem verstorbenen König gewesen war. Die jetzige Krisis ist darum bei Weitem nicht so bedrohlich, als einige unserer Kollegen glauben. Allerdings können möglicherweise aus der plötzlichen Parlamentsauflösung Folgen sich entwickeln, die auf Europa einen Rückschlag ausüben würden, doch bis jetzt ist nichts geschehen, das einem den Preußen annehmbaren Ausgleich den Weg abschneidet. Die Kammern hatten große Mäßigung an den Tag gelegt, die Führer der liberalen und

radikalen Parteien hatten es sich angelegen sein lassen, dem Hofe und dem Lande zu zeigen, daß ihre Forderungen äußerst maßvoll seien, und der einzige Punkt, wo sie ihre Rechte geltend machten, war der Finanzpunkt, d. h. sie forderten eine detaillirtere Budgetvorlage, ohne welche das ganze Verfassungswesen leerer Schein wäre. Das Weitere ist bekannt. Ein Konflikt wäre leicht zu vermeiden gewesen. Der richtige Weg hätte in der Entlassung der beiden reaktionären Minister, der Herren v. Roon und v. d. Heydt, ihrer Ersetzung durch Männer der konstitutionellen Partei, und durch Genehmigung der von der Kammermajorität gestellten Forderungen bestanden. Daß der König den anderen Weg einschlug, war nicht weise, doch wurde damit die Verfassung nicht im geringsten verletzt. Der König hat keine gewaltthätigen Maßregeln ergriffen, hat seine Prerogative nicht überschritten und hat auch nicht den Verdacht auf sich geladen, die bevorstehenden Wahlen in ungebührlicher Weise beeinflussen zu wollen. Das Zustandekommen einer freistimmigen Kammer kann ihn möglicher Weise bewegen, sich gänzlich auf die aristokratische Partei zu stützen und damit einen Kampf zu beginnen, dem er aus dem Wege gehen wollte; doch spricht mehr gegen als für die Vermuthung. Wir halten an der Ansicht fest, daß der König sich wie alle konstitutionellen Monarchen schließlich zu einem Kompromiß verstehen wird. Für Preußen aber ist es ein Glück, daß es Männer zu Vertretern hat, mit denen sich ein Kompromiß in allen Ehren eingehen läßt.

— [Tagesnotizen.] Um für das Seelenheil der während der Ausstellung anwesenden Gäste zu sorgen, war vorgestern eine Anzahl frommer Herren bei Sir Culling Cardley versammelt, die sich über die Mittel zum Zweck berieten, darunter der Bischof von London und eine Menge Pastoren hiesiger ausländischer Kirchengemeinden. Besprochen wurde: Anstalten zu treffen, damit während der Ausstellungszeit Gottesdienst und Predigten in verschiedenen fremden Sprachen gehalten werden können; die Vertheilung von Bibeln und Traktaten; die Förderung frommer, geselliger Vereine zum Gedankenaustausch über die Ausbreitung der heiligen Schrift; Aufstellung von Missionären unter den Fremden; Eröffnung von Bekehrtskolen u. dergl.; schließlich Aufforderung zu Geldsammlungen für obige Zwecke. Die Königin hat bereits, auf Ansuchen des Bischofs von London, die Erlaubnis erteilt, daß die zum Hofe gehörige sogenannte German Chapel zu Predigten in fremden Sprachen benützt werde. — Ein bedeutender Postdiebstahl macht viel von sich reden. Ein Haus in Waterford (Irland) hatte dem hiesigen Hause Esaf u. Co. gegen 7000 Pfd. St. Cheques (Bankanweisungen) in einem rekommandirten Briefe eingeschickt. Dieser wurde auf der Post gestohlen. Der Dieb kassirte die Cheques ein und wechselte die empfangenen Noten in der Bank of England gegen Geld aus, somit wird es, wenn er sich nicht selber verräth, schwer sein, seine Spur zu finden. Trägt sich nun, ob die Post den Schaden ersetzen wird. Möglicherweise thut sie es, um nicht an Kredit beim Publikum zu verlieren, gesetzlich ist sie dazu nicht verpflichtet, da sie bei rekommandirten Briefen nur bis zu einem Betrage von 20 Pfd. St. die Bürgschaft übernimmt. — Die gegenwärtig in Liverpool lagernden Baumwollvorräthe sind um mehr als die Hälfte geringer, als die Vorräthe in dem entsprechenden Zeitpunkt des vorigen Jahres. Wenn der Konsum in dem Maße fortbauert, wie er in der letzten Zeit gewesen ist (man schätzt ihn auf 32,000 Ballen per Woche) so wird, wie man berechnet, Ende Juni alle amerikanische Baumwolle aus den Waarenlagern von Liverpool verschwunden sein, wenn nicht inzwischen neue Sendungen von jenseit des Ozeans herüberkommen.

Frankreich.

Paris, 16. März. [Tagesbericht.] Heute fand zu Ehren des Geburtsfestes des kaiserlichen Prinzen eine große Messe in den Tuilleries statt. Abends ist dort Familientafel und dann Privatempfang. — Die „Patrie“ widmet heute Polen einen Artikel, worin sie mit großer Energie in die russische Regierung dringt, damit sie den von ihr gemachten liberalen Versprechungen nachkomme und Polen endlich ein erträgliches Loos bereite. — Der „Moniteur“ enthält einen Bericht des Ministers des Innern, in welcher dieser dem Kaiser eine lange Reihe von Maires zu Rittern der Ehrenlegion vorschlägt. Der Minister hebt hervor, daß er nicht vorzugsweise die Gemeindevorsteher großer Städte für diese Auszeichnung empfehle, sondern daß sich auch Dorfmaires, von denen verschiedene einfache Landleute seien, auf der Liste befänden. „Sire, heißt es am Schluß des Berichts, 1856 berief Ihre Majestät die Bürgermeister aller Departementshauptstädte zur Taufe des kaiserlichen Prinzen nach Paris. Heute wählt Ihre Majestät den Augenblick, wo das Kind Frankreich in sein siebentes Jahr tritt, um den städtischen Verwaltungsbehörden einen neuen Beweis Ihrer allerhöchsten Theilnahme zu geben. Diese so nützliche und zahlreiche Beamtenklasse wird den Gedanken des Kaisers begreifen. Sie wird mit tiefgefühltem Danke erkennen, wie fest und innig in dem Herzen Ihrer Majestät die Würdigung der Hingebung und der Dienste der Bürgermeister mit der Erinnerung eines dem Volke, das sein Loos mit dem Ihrer Dynastie vereint, so theuren Ereignisses verbunden ist.“ Es folgt das genehmigende kaiserliche Dekret. — Die beiden Senatreden des Prinzen Napoleon haben zu einer Differenz zwischen Persigny und Villault Veranlassung gegeben. Sie sollten nämlich auf Befehl Persigny's als besonders gedruckte Flugchriften an alle Maires von Frankreich verandt werden. Villault, der Kenntniß davon erhielt, erhob bei dem Kaiser Einsprache dagegen und machte, unter Hinweisung auf frühere Reklamationen in Kammern, auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche diese administrative Begünstigung einer von ihm, dem Regierungskommissar, offiziell desavouirten Rede neuerdings hervorbringen müßte. Einstweilen hat der Kaiser befohlen, diese beiden Reden nicht zu versenden, und so liegen sie nun, in Ballen wohl verpackt, als eine Art Corpus delicti in den Büreau's der Pressedirektion. — Im Hafen von Toulon liegt gegenwärtig die russische Fregatte „Admiral-General“. Es ist das längste Schiff, welches man bis jetzt gebaut hat. Diese Fregatte kann 90 Kanonen in Batterien aufstellen und hat Raum für 800 Mann. Sie wurde in Amerika gebaut. — Nach Berichten aus Madrid sind wegen Regulirung der Grenzen zwischen Spanien und Marokko Schwierigkeiten entstanden. Die spanische Regierung ist entschlossen, energisch vorzugehen, wenn Marokko in dieser Angelegenheit nicht sofort nachgiebt. — Nach den letzten Berichten aus China bedrohten die chinesischen Insurgenten die Stadt Schanghai sehr ernstlich. Der französische Admiral Potet war dort angekommen; er hatte die Absicht, die

Insurgenten bei Ningpo anzugreifen, falls sie fortfahren sollten, Schanghai zu bedrohen. Zwischen dem französischen Konsul und der chinesischen Douane hatten sich Schwierigkeiten wegen der Anwendung des in dem neuen Vertrage aufgestellten Zolltariffs erhoben. Falls diese nicht auf friedliche Weise beigelegt würden, sollte der Admiral Potet ebenfalls einschreiten.

Paris, 18. März. [Telegr.] In der gestrigen Sitzung der Legislativen vertheidigte Villault das Benehmen der Regierung und hielt das Recht derselben, den Präsidenten des Vincent-Paul-Vereins zu ernennen, aufrecht.

Italien.

Turin, 14. März. [Die Genueser Versammlung.] Der „Corriere Mercantile“, der zu Genua erscheint, spricht sich über den Eindruck, welchen die Sitzungen der Versammlung, die zum Zwecke der Versöhnung im Paganini-Theater gelangt, gemacht, sehr energisch aus. Dieselben hätten, meint dieses Blatt, ganz Genua überzeugt, daß die große Mehrheit der Versammlung Elemente nicht der Versöhnung, sondern der Ausschließlichkeit, der Zwietracht und Intoleranz in ihren extremen Meinungen enthalte. Eine Versammlung, deren große Mehrheit wilden Schmähungen gegen so viele erprobte Liberale, und Deklamationen, deren wahrer Sinn, wenn man sie ernst nähme, der Bürgerkrieg wäre, enthusiastischen Beifall gezollt und die sogar Deputirte der äußersten Linken, bloß weil sie einige klare Folgerungen des vom neuen Verein selbst angenommenen, im höchsten Grade liberalen, aber gesetzlichen Programms auseinandergelegt, als verdächtige Reaktionen gebrandmarkt hat, eine solche Versammlung könne nicht als Werkzeug der Versöhnung gelten, sie vertrete bloß einen Theil des italienischen Liberalismus und könne daher nicht als mit Garibaldi und seinen aufrichtigen Freunden und treuen Gefährten ganz Hand in Hand gehend betrachtet werden. Auch die reaktionäre „Perseveranza“ widmet den Dingen, die in Genua geschehen, einen Artikel, in welchem sie sagt: „In der gegenwärtigen Lage von Europa, mit der in Frankreich beginnenden, in Preußen bereits gereiften, in Ost-Europa schleichen den Reaktion scheint uns die Sprache der Versammlung in Genua und deren Anspruch auf politische Herrschaft eine Drohung und eine Gefahr für den Staat zu verbergen.“ Das genannte Blatt spricht Garibaldi die Eigenschaften eines politischen Führers ab und äußert die Beforgnis, daß Erseffe, wie sie in Genua vorgekommen, das Land auf die Bahn der Reaktion drängen könnten, welche, wie jetzt die Geschichte lehre, solchen Uebertreibungen stets auf dem Fuße folge.

Turin, 18. März. [Telegr.] In der gestern stattgehabten Sitzung der Deputirtenkammer brachte Gallenga seine Interpellation, betreffs des Ursprungs und der Kompletirung des Ministeriums ein. Rattazzi war mit der vorgeschlagenen Tagesordnung unter der Bedingung einverstanden, daß dieselbe als eine Stütze des Ministeriums zur Ausführung seines Programms angesehen werde. Die Tagesordnung wurde mit 210 gegen 80 Stimmen angenommen.

— [Das Konzil in Rom.] Passaglia spricht sich im „Mediatore“ vom 8. März sehr entschieden gegen die Berufung eines ökumenischen Konzils aus. Bekanntlich lautet die Einladung des Kardinals Cretorini nur auf zwei halböffentliche Konferenzen und auf die Feier der Heiligsprechung der japanischen Märtyrer; aber die Einladung läßt deutlich durchblicken, daß es sich um wichtigere Dinge handelt, indem es darin heißt, „um ihre Ansicht über eine Sache von großer Wichtigkeit zu vernehmen.“ Der „Moniteur“ hat eine sehr scharfe Note gegen die römische Reise der französischen Bischöfe erlassen, diese aber nicht verhindert, daß bereits eine Anzahl Bischöfe abgereist ist. Die spanischen und auch die bayrischen Bischöfe erhalten Reisepässe von ihren Regierungen.

— [Unterredung Lavalette's mit Franz II.] Der römische Korrespondent der „Allg. Ztg.“ berichtet nachträglich über die oft erwähnte Unterredung Lavalette's mit Franz II., die am 9. Dez. stattfand. Der Korrespondent hat sich die Mühe gegeben, die Unterredung als Dialog zuzufassen und Franz II. eine über eine Spalte lange Extemporation in den Mund zu legen. Der langen Rede Kern dürfte in folgenden Stellen enthalten sein: Am 9. Dez. suchte der neue französische Gesandte bei dem König beider Sicilien eine Audienz nach, die er am 10., 1 Uhr Nachmittags, erhielt. Nach dem ersten Begrüßungsformeln kam der Marquis de Lavalette direkt auf seinen Gegenstand. „Ich habe Auftrag“, sagte er, „Ew. Majestät im Namen des Kaisers auf die Unverträglichkeiten Ihres Aufenthalts zu Rom aufmerksam zu machen. Der Kaiser, welcher für Ew. Majestät fortwährend die größte Zuneigung und die aufrichtigsten Sympathien hat, hält es für Ihren Interessen entsprechend, eine Hauptstadt zu verlassen, wo Ihre Anwesenheit allein genügt, den Krieg und die Unordnung in Ihren ehemaligen Staaten (anciens états) zu ermutigen. Der Kaiser ertheilt diesen Rath in Ihrem eigenen Interesse; Ihre Rechte werden durch den Wechsel des Aufenthaltsortes nicht präjudicirt; Niemand kann wissen, was die Zukunft Ew. Majestät vorbehalten hat, und es würde rühmlicher für Sie sein, wenn man nicht Ihrer Direktion und Ihren Wünschen einen Aufstand zuschreiben hat, der nicht im Stande, Ihnen Ihren Thron zurückzugeben, und nur geeignet ist, Scenen von Blut, Anarchie und Vernichtung hervorgerufen, welche der öffentlichen Meinung von Europa zum Aergerniß gereichen. Ich verkenne die Gefühle Ew. Majestät keineswegs, und gerade deshalb wage ich in diesem Sinne zu Ihnen zu reden, indem ich mich des Auftrags meines Souveräns entledige.“ Die Forderungen Piemonts“, fuhr Lavalette fort, „werden sich steigern, und vielleicht werde ich in kurzer Zeit Instruktionen erhalten, die mich nöthigen, Ew. Majestät wiederzusehen, und die vielleicht auch einen direkten Einfluß auf das Verbleiben unserer Truppen in Rom haben werden.“ „Ich glaube nicht“, erwiderte der König, „daß die Forderung Piemonts einen solchen Einfluß auf das Gemüth des Kaisers üben wird, und noch weniger, daß vom Turiner Kabinett die Lösung einer so wichtigen Frage, wie die Verlängerung des dem Oberhaupt der Kirche gewährten Schutzes, abhinge. Jedenfalls kann, wenn die französischen Truppen von Rom abziehen, ein und dasselbe piemontesische Bataillon den Papst im Vatikan und den König von Neapel auf dem Quirinal zu Gefangenen machen. Ich mache mich auf eine Gefangenschaft in so guter Gesellschaft mit Ergebung gefaßt.“ „Das wird niemals der Fall sein!“ rief Lavalette lebhaft aus. „Die französische Fahne würde Ew. Majestät und den heiligen Vater unter ihren Schutz nehmen (couvrirait de ses plis). Der Kaiser wird Rom nicht Preis geben. Aber wer weiß, welche

Instruktionen ich von Paris erhalte, wenn die ablehnende Antwort Ew. Majestät bekannt werden wird.“

Neapel, 11. März. [Adresse an den Papst.] Die „Patrie“ bringt heute folgende Adresse des hohen Klerus von Potenza (Basilicata) an den heiligen Vater, die einen Beweis der Gesinnung eines großen Theiles der Geistlichkeit liefert: „An den heiligen Vater Pius IX., Stellvertreter Christi — Rom. Heiliger Vater! Das Bewußtsein und das Gesamtvolk Italiens haben die Unvereinbarkeit der beiden Gewalten in der heiligen Person des Papstes klar bewiesen; außerdem aber muß die Reinheit unseres heiligen Glaubens in Italien, der seit so vielen Jahrhunderten die ehrwürdigsten Denkmäler der Religion aufzuweisen hat, unverletzt bewahrt bleiben, und dies selbst durch Opfer und Entagung. Diese Opfer sind die kostbarsten Beweise jener priesterlichen Gabe, die den Menschen auf eine übernatürliche Weise Gott nähert. Von dieser Gesinnung durchdrungen und überzeugt, heiliger Vater, flehet Euch der Klerus von Potenza, in der neapolitanischen Provinz, auf den Knien an, Euch, den ersten Priester Jesu Christi im Angesichte Gottes und seines Evangeliums, die weisen Vorschläge der beiden größten Fürsten der Welt, Napoleon III. und Victor Emanuel II., annehmen und auf jene weltliche Macht, die Ihr befißt, Verzicht leisten zu wollen, und zurückzukehren zu jener jungfräulich reinen und ursprünglichen Institution, welche allein im Stande ist, die vom Herrn Gesalbten zu einem Ruhme zu erheben, der seines Gleichen nicht hat unter den unsicheren und eiteln Dingen dieser Erde. Gebt, heiliger Vater, diesen hohen Beweis von Abgung den Italienern, den Katholiken der ganzen Welt. Gebt ihn als Italiener, und das Vaterland wird Euch dankbar sein; gebt ihn als Stellvertreter Christi, und die Gläubigen werden Euch segnen, so wie die Ungläubigen einen Grund mehr haben werden, zu glauben, daß der Katholizismus die einzige wahre Religion ist. Gott erleuchte Euch, heiliger Vater, und Ihr mit Eurem heiligen Ansehen segnet die Gehorsamen in Jesu Christo. Potenza, 3. März 1862.“ (Folgen die Unterschriften des Kapitals der Kathedrale, der Kollegiate S. Michele und della S. S. Trinita, 64 an der Zahl.) Eine ähnliche Bittschrift ist von dem dortigen Kapuzinerorden abgefaßt worden.

— [Royalistischer Aufstand in Chiati.] Die legitimistische „Gazette de France“ hat folgende Privatdepesche erhalten: „Chiati (die bedeutendste Stadt in den Abruzzen) ist in voller royalistischer Insurrektion und hat eine provisorische Regierung eingelebt.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 13. März. [Zur Tageschronik.] Bismarck unerwartet hat der „Invalide“ in diesen Tagen in einem offiziellen Artikel die Aussicht auf eine neue Rekrutirung eröffnet. Er motivirt dieselbe mit dem langen Unterbleiben jeder Rekrutirung, mit der Nothwendigkeit einer starken Reserve (die Ausbildung der Rekruten, welche diese Reserve oder besser gesagt diesen „Ersatz“ bilden, dauert in Rußland länger als anderswo); aber nach dem vom „Invaliden“ selbst erst ganz kürzlich gegebenen statistischen Nachrichten sollte man glauben, daß von den nach dem Kriege Entlassenen immerhin noch eine bedeutende Zahl vorhanden sein müsse. Doch mag auch die Herabsetzung der Dienstzeit nicht ohne Einfluß auf die getrocknete Maasregel sein. — Am 10. d. ist die erste Lokomotive über die Düna bei Dünamünde gegangen und die für die Londoner Ausstellung bestimmten Gegenstände sind von hier bis an die russische Grenze direkt per Eisenbahn gebracht worden. — Vorgestern ist hier ein Versuch mit einer Lokomotive durch Luftdruck auf der Moskauer Eisenbahn gemacht worden. Die Bewegung ist nicht gerade schnell gewesen, aber die Russen sind entzückt über die Erfindung eines Landmanns (Hrn. Baranowski's), und ein Blatt führt mit ernsthaftester Miene die patriotischen Aeußerungen der Zeugen des Schauspiel an, z. B. daß man den Ausländern den Gebrauch dieser Entdeckung verbieten solle, oder daß sie wenigstens die betreffenden Maschinen in Rußland laufen müßten. Jedenfalls werden sich die nächsten Generationen wohl trösten, wenn man ihnen nur die Dampf-Lokomotiven läßt. — Die Rischnei-Nowgoroder Adelsversammlung hat lange darüber debattirt, ob in dem (verstärkten) adeligen Institut auch schon andere Stände zugelassen werden sollten, und sich mit großer Majorität dafür ausgesprochen. — Die „Nordische Biene“ bespricht die in Preußen eingetretene Krisis und meint, daß das Ministerium nicht umhin können werde, die Wahlen stark zu beeinflussen. (Schl. 3.)

Warschau, 15. März. [Entdeckung der revolutionären Drucker.] Die „Warsch. Ztg.“ enthält folgenden offiziellen Artikel: „Einige ausländische Blätter erklären den in der Nacht vom 2. d. arretirten Buchdrucker Alexander Zamojski für unschuldig. Das Verbrechen desselben ist aber so unwiderprechlich gewiß, daß er selbst Angesichts der entdeckten Thatfachen nicht zu leugnen vermochte, wie das sofort nach seiner Verhaftung niedergeschriebene Protokoll beweist. Schon seit einiger Zeit hatte die Behörde ihre Aufmerksamkeit auf Zamojski gerichtet, und als die Polizei in das von demselben in einem Hause an der Marschallsstraße bewohnte Zimmerchen eintrat, traf sie ihn mit der Verbrennung verschiedener Handschriften und bedruckter Papiere beschäftigt. Das Feuer wurde sofort gelöscht und man überzeugte sich, daß die Drucksachen noch frisch waren und eben erst aus der Presse kamen. Sie bestanden größtentheils aus einigen hundert Exemplaren einer „Aufforderung der Einwohner von Warschau“ an den den hochwürdigen Herrn Erzbischof Felinski. Diese Schrift, im höchsten Grade aufreizend und im deklamatorischen Stile geschrieben, erlöhnte sich, dem erlauchten Oberhirten einen Weg anzuzeigen, wie er verfahren solle, und zwar einen solchen, welcher allen Pflichten desselben als Priester und treuer Unterthan direkt entgegengelegt wäre. Dieses Pamphlet, welches durch seinen ganzen Inhalt, von der ersten bis zur letzten Zeile beweist, daß sich noch immer unverbeßerte Leute finden, welche alle auf friedlichem Wege errungenen Verbesserungen und Reformen zurückweisen und nur an blutige und gewaltthätige Umwälzungen denken, enthält zu Ende seiner letzten Seite die Unterschrift: „Gedruckt in der Druckerei des „Sternik“ (Steuermanns). Die kleine Presse aus welcher diese Druckerei bestand, wurde ebendasselbst gefunden und weggenommen. Zamojski gestand im Verhöre ein, daß er Eigenthümer derselben sei. Dies ist der Mann, den man als unschuldig, als das Opfer einer vermeintlichen Willkür der Regierung hinstellt.“

Konstantinopel, 8. März. [Besetzung der griechischen Grenze; die Rajah; aus Beyrut.] Die türkischen Besatzungen an der griechischen Grenze wurden verstärkt; unter Anderem sind die in Monastir in Besatzung liegenden ottomanischen Kosaken nach Thessalien geschickt worden. — In Folge einer Konvention, die vor Kurzem zwischen der Pforte und der russischen Regierung abgeschlossen wurde, ist in Konstantinopel eine Kommission niedergesetzt worden, welche die Umstände zu untersuchen hat, unter denen eine große Zahl Rajahs den russischen „Schutz“ erlangten. Diese Untersuchung ist jedoch auf den Zeitraum von 1853 angefangen beschränkt. In den Provinzen treten ähnliche Kommissionen zusammen. Die Rajahs, welche russische Pässe erwirkt, werden gefragt, ob sie russische Unterthanen bleiben wollen, und erhalten im bejahenden Falle die Weisung, über ihr Eigentum binnen drei Monaten zu verfügen und dann das Land zu verlassen. Wollen sie aber wieder in ihr Rajahverhältnis zurücktreten, so wird der Paß annulliert. Mit den Schutzbefohlenen dieser Kategorie, die andern Mächten angehören, wird ebenso verfahren werden. — Aus Beyrut wird gemeldet, daß Daud Pascha im Dorfe Abeyh im Libanon eine Art höhere Schule für die Drusen errichten will. (Kr. Z.)

Konstantinopel, 16. März. [Telegr.] Bulgariische Abgeordnete, die sich nach Odeffa begaben, um Pässe nach der Türkei zu begehren, wurden von dem Gouverneur damit bedroht, in Fesseln nach der Krim zurückgebracht zu werden. — Hier eingetroffene Nachrichten aus Athen vom 14. d. melden, daß Aia und sämtliche Außereinfassungen Nauplia's, mit Ausnahme des Berges St. Gita, dessen Einnahme nächstens erwartet wird, von den königlichen Truppen mit dem Bajonnette gestern genommen worden sind. Nach Syra ist ein Dampfer mit 200 Mann abgegangen, so wie ein englisches und ein französisches Kriegsschiff von den im Pyraus liegenden Gsadern.

Griechenland.

Athen, 8. März. [Der Aufstand in Nauplia.] Der „Donau-Zeitung“ wird geschrieben: „Die Nachrichten aus Nauplia fließen noch immer sehr spärlich. Die Regierung scheint entschlossen, die Offensive zu ergreifen, und zwar heißt es von gut unterrichteter Seite, daß für morgen (9.) oder übermorgen ein allgemeiner Angriff gegen die Positionen der Insurgenten vorbereitet wird. Nach einer offiziellen Angabe würde die Regierung über 4000 Mann (wahrscheinlich mit Einrechnung der irregulären Truppen) verfügen, während die Garnison der Insurgenten nur 600 oder 700 Mann betragen soll, nachdem, abgesehen von vereinzelten Desertionen, die 400 oder 500 befreiten Sträflinge, welche man auf die vordersten Posten gestellt hatte, unter Mitnahme der Waffen Reißaus nahmen und sich auf dem flachen Lande zerstreut haben. Der General Hahn, welcher von einem chronischen Brustleiden geplagt ist und in Folge der letzten Fatiguen sehr herabgekommen war, hat sich mit seinem Generalstabe nach Argos zurückgezogen, was das falsche Gerücht veranlaßte, daß die königlichen Truppen Tyrinth verlassen hätten. Es bestätigt sich immer mehr, daß der letzte Amnestieakt bisher keine große Wirkung hatte. Hoffen wir, daß der königlichen Proklamation vom 1. l. M. ein besserer Erfolg beschieden sei.“

Amerika.

Newyork, 1. März. [Ergänzende Nachrichten.] Die Besetzung von Nashville durch die Föderalisten ist amtlich bestätigt. — General Buell soll die Konföderierten bei Murfreesborough umzingelt und ihnen zwei Tage Frist zu unbedingter Uebergabe gelassen haben. — General Banks ist mit seiner Division von Sandy Hook über den Potomac nach Harpers Ferry gegangen, und hat Bolivia, Charleston und das auf beiden Seiten des Shenandoah liegende Land besetzt. Der Vormarsch der Föderalisten ist noch auf keinen Widerstand gestoßen. Man glaubt, daß eine allgemeine Vorrückbewegung der Potomac-Armee im Werke ist, da die Beförderung militärischer Nachrichten von Washington verboten wurde. — Nach den Memphisblättern ließ General Polk die Memphis-Ohio-Bahnlinien abbrechen, bevor er Columbus räumte. Die Konföderierten sollen sich von Columbus auf eine 44 Meilen weiter abwärts gelegene Insel im Mississippi, die angeblich den Strom beherrscht, zurückziehen. Die Korrespondenz von Lord Lyons über die „Trent“-Sache wird in Newyorker Blättern günstig besprochen. — Im Konföderierten-Kongreß wurde die Resolution, den letzten Mann und Dollar an die Erringung der Unabhängigkeit zu setzen, eingebracht und dem Militär-Ausschuß überwiesen. Nach jüdischen Blättern besetzten die Föderalisten Nashville am 23. Februar. Der Savannah „Republican“ sagt: „Die Föderalisten haben die Verbindung zwischen Pulaski und Savannah ganz geschlossen und 3 Batterien schweres Geschütz auf beherrschendsten Punkten errichtet.“ — Der föderierte General Curtis hat Fayetteville in Arkansas besetzt. Die Konföderierten haben die Stadt verbrannt. Die Armee des konföderierten Generals Price hat sich auf indianisches Gebiet zurückgezogen. — Aus der Vorherrschaft des Präsidenten Jefferson Davis entnehmen wir noch Folgendes: „Ueber die Niederlage unserer Truppen bei Roanoke und den Fall von Fort Donnellson liegen noch keine amtlichen Berichte vor, deshalb kann ich über das Geschehene und über die etwaigen Folgen keine Mittheilungen machen, keine Andeutungen geben. Doch wissen wir betreffs der Räumung Roanoke's genug, um zu wissen, daß dieser Schlag für uns ein sehr demüthigender war. Es werden gegenwärtig die größten Anstrengungen gemacht, um unsere Heere in den nun gefährdeten Stellungen zu verstärken, und diese größeren Anstrengungen werden, ich bin davon überzeugt, uns eben so günstige Erfolge wie im ersten Abschnitt des Krieges sichern.“ — Die Gewohnheit, unsere Leute bloß auf kurze Zeit einzureihen, hat mit zu den letzten Niederlagen beigetragen, und gestattet jetzt keine genauen Angaben über die Stärke des Heeres. Bei Beginn des Krieges wollten die Leute nicht glauben, daß er so ernst und langwierig werden könne, und schon der Gedanke, daß der wahnsinnige Versuch gemacht werden sollte, diese Staaten zu unterjochen, wurde als eine Unmöglichkeit angesehen, noch mehr der Glaube, daß der Wahn so weit gehen könne, diesem Kampfe so große Umriffe zu verleihen, daß er sich noch Jahre lang hinziehe. Jetzt lassen sich unsere Soldaten im Allgemeinen wieder einreihen. In 30 Tagen wird eine ganze Abtheilung neuer Rekruten und Wiedereingetretener bereit stehen.“

Newyork, 1. März. [Der Krieg.] Das ganze Potomac-Heer hat am 27. Febr. Marschbefehl erhalten und sich gestern theils schon in Bewegung gesetzt, theils wird es sich heute in Bewegung

setzen. Natürlich ist das Ziel Richmond. Es kann jetzt nicht anders erreicht werden, als über Manassas, wo also in diesen Tagen die erste Schlacht stattfinden wird. Dieser Punkt ist sehr stark von den Konföderierten besetzt; doch sollen deren jetzt nur noch 60,000 Mann dort stehen. Bei dem Geiste, der augenblicklich den Norden elektrifiziert und auch das Potomac-Heer durchdringt, ist nicht an einem Erfolge zu zweifeln. Das Glück will, daß seit vorgestern ein starker Frost mit heftigem Nordwestwind eingelegt hat, der die Straßen in einen verhältnismäßig besseren Zustand bringt, als sie seit sechs Monaten gewesen sind. Das Kabinett hält seit vorgestern geheime Sitzungen und auch der Kriegsminister empfängt seit drei Tagen Niemanden außer seinen Generalen. Seit Stanton vor einigen Tagen den äußerst zweckmäßigen Befehl gegeben hat, daß keine Zeitung irgend eine Mittheilung von militärischen Bewegungen bringen darf, die nicht von dem militärischen Telegraphenherren genehmigt ist (dieser aber streicht Alles), sind die Zeitungen natürlich äußerst mager. Bei der Indiskretion der hiesigen Presse, die es sich theilweise sogar ungeheure Summen kosten läßt, um Dokumente zu stehlen und nur einen Tag früher zu bringen, ist diese Vorsicht nur zu gerechtfertigt; denn bei allen früheren Bewegungen am Potomac wußten bisher die Feinde die Absichten des kommandirenden Generals gerade so schnell als seine Untergebenen. Die Konföderierten haben nicht allein Rayville ohne Schwerstreich übergeben, das jetzt vom Unionsgeneral Nelson mit 10,000 Mann besetzt ist, sondern auch ihre, übrigens sehr bedeutenden Festungswerke in und bei Columbus zerstört; sie ziehen sich nach Memphis zurück und wollen sich dort, wie es heißt, stark verschanzen. Im fernen Westen hat Sigel, dessen Thaten jetzt unter der Firma des ihm von dem nativistischen Hallett vorgelegten Urtheils in die Welt posant werden, den ganzen Staat Missouri vom Feinde gesäubert und diesen nach Arkansas gejagt. Die Unionstruppen stehen nach den letzten Berichten in Mudtown in Arkansas. Ehe die Konföderierten von hier abzogen, vergifteten sie die Vorräthe, die sie zurückzulassen gezwungen waren. Ein deutsches Regiment auf davon und verlor in Folge dessen sofort über 20 Mann; der Oberstlieutenant v. Deutsch und einige Kapitäns liegen noch gefährlich krank darnieder, ein anderer Kapitän starb innerhalb weniger Stunden. (Kr. Z.)

Locales und Provinziales.

Posen, 19. März. [Am Geburtstage Sr. Maj. des Königs], Sonnabend den 22. d., findet in allen Kirchen unserer Stadt ein Festgottesdienst statt. Mittags um 12 Uhr hat die gesamte Garnison Parade. Die Truppen nehmen ihre Aufstellung vom Kanonenplatz, längs der ganzen Wilhelmstraße bis zur Bergstraße; der Vorbeimarsch erfolgt auf dem Wilhelmplatz.

— [Das neue Ministerium.] Der gegenwärtige Minister des Innern v. Jagow war bisher Polizeipräsident in Breslau, früher Landrath in Kreuznach; der Justizminister Graf zur Lippe Oberstaatsanwalt beim Kammergericht; der landwirthschaftliche Minister Graf Ippolitus Vizepräsident der hiesigen Regierung; der Kultusminister v. Mähler Ober-Konfistorialrath und Mitglied des evangelischen Oberkirchenraths.

Posen, 19. März. [Die Gewerbesteuer.] An Gewerbesteuer hat die Stadt Posen im Jahre 1862 21,556 Thlr. aufzubringen. Dazu tragen 2341 Handel- und Gewerbetreibende bei. Die Mehrzahl der Steuerpflichtigen sind deutsche Handwerker, die auch hier den Ruf des Fleißes, der Arbeitsamkeit und Sparamkeit betätigen, den sie in allen Ländern der Welt, wo Deutsche ihren Herd gegründet haben und ihre Sprache ertönt, sich erworben haben. Je schwieriger gerade in Posen die Lage dieses arbeitssamen und ehrenwerthen Theiles unserer Bevölkerung ist, um so dringender ist Jeder, der es mit dem Vaterlande und seinen Mitbürgern wohl meint, verpflichtet, den Handwerkerstand nicht bloß materiell zu fördern und zu unterstützen, sondern ihn auch zu achten, zu ehren und wo Einzelne durch schwere Arbeit oder durch Unglück niedergebückt sind, ihnen hilfsreich entgegenzukommen und geistig sie aufzurichten. Ueberhaupt sind in Posen 1788 Kaufleute und Gewerbetreibende deutscher Nationalität, welche zu obigem Steuerbetrage 17,887 Thlr. beitrugen. Davon trifft nach ungefährender Schätzung 1/4 auf die eigentlichen Handwerker, 1/4 auf Kaufleute, Gastwirthe, Schänker, Agenten. Steuerpflichtige polnischer Abkunft giebt es hier nur 553, d. i. 1/4 der Gesamtzahl, welche 3669 Thlr. Gewerbesteuer, d. i. nur 1/6 des Gesamtbetrags, aufbringen. Da die Einwohner jüdischer Konfession vorzugsweise dem Handel sich zuwenden, so ist es selbstverständlich, daß sie einen verhältnismäßigen Theil der Gewerbesteuer zahlen. Sie haben 877 Steuerpflichtige mit 10,321 Thlr. Steuer, während unter der christlichen Bevölkerung 1464 Steuerpflichtige 11,235 Thlr. zahlen; von letzteren gehören zum deutschen Stamm 911 mit 7566 Thlr. Im Durchschnitt zahlt jeder deutsche 10 Thlr., jeder polnische 6 1/2 Thlr., jeder jüdische Steuerzahler 11 1/2 Thlr. Gewerbesteuer. Hierbei ist der Zuschlag von 25 Prozent zur Deckung der Mobilmachungsanleihen nicht eingerechnet; ebenso wenig wie dies in unserer neulichen Mittheilung über die Staatseinkommensteuer geschehen war. Klassensteuer wird nur von den Bewohnern des Weichbildes außerhalb der Thore gezahlt, da das Stadtgebiet allein nach dem Eichwalde zu eine größere Ausdehnung hat, auf den anderen Seiten die Gemeindebezirke von Serzyc, Wilda, Olwino, sich bis nahe an die Thore erstrecken, so giebt es hier nur 168 klassensteuerpflichtige Personen, welche 406 Thlr. Steuer entrichten. Davon zahlen 92 Deutsche 277 Thlr., 76 Polen 129 Thlr. Einwohner jüdischer Abkunft wohnen außerhalb der Stadt nicht.

Krotoschin, 18. März. [Verurtheilung eines Geistlichen.] Am 6. d. stand hier vor dem Gericht der Dekan und Probst Kosiński aus Kozmin, angeklagt auf Grund des §. 100 des Strafgesetzbuchs, weil er am 17. Novbr. v. J. zur Betheiligung an den Wahlen auffordernd, gesagt hat: „Am Dienstage sind die Wahlen. Fröh ist auf diese Intention hin eine Andacht, damit für die Deputirtenverammlung solche Leute gewählt werden, die unsere Bedrückungen, unsere Beschwerden und Anliegen dort vorbringen. Möget Ihr ja Alle Euch versammeln und keiner fehlen, denn wählet Ihr nicht unsere Leute, so werdet Ihr Eure Stimmen nicht durchbringen und unsere Feinde werden siegen. Man will uns in unserer Religion stören und uns an unserer Kirche irre machen. Unsere Feinde werden alles an, um uns zu schaden. Sie schicken Aufrufe aus, die aber keine Unterdrückung tragen, und diese schicken sie an Leute, die es nicht verstehen. Warum schicken sie dieselben nicht an mich? Weil ich es gut verstehe. Laßt Euch nicht irre führen! Daß Jeder zur rechten Zeit da sei! Die Auswärtigen mögen nicht zur Andacht kommen, denn sie sind sonst nicht im Stande, zur rechten Zeit zugegen zu sein. Nur die Einheimischen mögen kommen.“ Der Angeklagte erschien in Begleitung seines Verteidigers, des Advokats Krauthofer aus Posen, und bestritt die Anklage. Die Verhandlung führt zu einem zweimaligen Zurückziehen des Gerichts Behufs Beschlußnahme,

ob Krauthofer als Verteidiger zugelassen, ob ein zweiter Translator zugelassen und ob ein aus dem Zuhörerraum zugezogener Zeuge zu vernehmen sei. Der Angeklagte wendet ein, er habe in der Kirche vor dem Nebenaltare eine Privatunterredung mit den Anwesenden gepflogen, habe ein von hier in polnischer Sprache ausgegangenes Zirkular, dessen Beschlußnahme später vom Gericht verurteilt sei, bei den Anwesenden widerlegen wollen, habe gesagt: „Das Plakat berge strafbaren Inhalt, und habe vor demselben gewarnt. Die gravirenden Worte der obigen Rede stellt der Angeklagte wiederholt in Abrede und will sie nur in Beziehung auf das hiesige Wahlkomitee gebraucht haben. Drei von den vernommenen Zeugen wissen von der Rede nichts, da sie darauf nicht gehört haben, zwei andere Zeugen befinden indes größtentheils den Wortlaut der Rede. Die Verteidigung beantragt die Verlesung des polnischen Wahlaufsatzes. Der Staatsanwalt beweist, daß jener Aufsatz einen strafbaren Inhalt nicht berage, führt aus, daß die Rede auf die Anwesenden nur die Wirkung haben konnte, sie anzureizen, und wenn diese Absicht auch der Angeklagte in Abrede stelle, so sei dies unerblicklich. Er erinnert an die Ereignisse in Kozmin von 1848, wo ein Weib einen preussischen Soldaten gemordet, und beantragt sechs Monate Gefängnis.

Der Verteidiger erwidert mit persönlichen Angriffen auf den Staatsanwalt: Die nach der Hegemonie in der Provinz Posen strebenden Deutschen hätten nach dem Ausfall der letzten Wahlen gesehen, daß die längst todgeliebten Polen durch eine ganz geringe Anstrengung den Deutschen eine arge Niederlage bereiten hätten und diese wollten die Polen gerne wieder mit der Lodenmaske bedecken. Sie bestreuten sich daher, Verfassungen eintreten zu lassen, indem sie das Gesetz mit Haaren herbeizögen. Es gebe freilich noch eine andere Partei der Deutschen (die da mit den Polen in Frieden leben wollten), die Anklage aber sei ein Gelüste jener Partei.

Die Verteidigung führt ferner aus, daß es Pflicht jedes Staatsbürgers ist, sich um die Wahlen zu kümmern; in jedem konstitutionellen Staate seien Parteien, und jede Partei kämpfe, um die andere Partei zu besiegen. Sie zergliedert die Rede, sucht dieselbe als ganz harmlos hinzustellen und behauptet, daß die Angriffe gegen die Partei des „Gniewni polnaiski“ oder gegen die des „Gniewni katolicki“ gerichtet gewesen seien, und selbst wenn man annehme, es seien die Deutschen gemeint, so sei es ja bekannt, daß die evangelische und katholische Kirche nicht im Frieden lebe. Aber es wären die Feinde in dem Auftrufe gemeint. Denn dort wäre den Bauern gesagt, sie wären nur zum Eigentum durch die preussische Regierung gelangt, und doch wäre Polen nur gehindert gewesen, faktisch die Verbeugung aufzuheben; denn die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 habe dies bereits getan, indeß in Preußen die Aufhebung der Verbeugung erst 1810 beschlossen wurde. Die Verteidigung beantragt Freisprechung.

Die Staatsanwaltschaft widerlegt überzeugend die Ausführungen der Verteidigung, wies nach, daß die Rede die Sejnacht nach anderen Umständen wecken mußte, und wenn der Angeklagte die Partei des „Gniewni“ oder „Gniewni“ gemeint habe, so hätte er dies den Zuhörern, die von diesen Parteien nichts wissen, sagen sollen. Seine werden bei der Rede aber nur an die früher verprochenen 3 Morgen Acker gedacht haben und aus dem Plakat konnte der Angeklagte keine Veranlassung zu der Rede entnehmen, da dasselbe keine regierungswidrliche Absichten verfolgte. Der Gerichtshof verurtheilt schließlich den Angeklagten zu 50 Thlrn. oder 3 Wochen Gefängnis, und motiviert dies Urtheil durch ein ausführliches Erkenntnis. Wie wir hören, hat sowohl der Beschuldigte, als auch der Staatsanwalt gegen das Urtheil Berufung eingelegt.

Ybornit, 18. März. [Zehrschau.] Der landwirthschaftliche Verein von Kogalen wird bekanntlich am 15. Juni d. J. hier in Ybornit eine landwirthschaftliche Ausstellung mit Zehrschau, Verlosung u. v. veranstalten. Zur Ausstellung können alle Züchtergattungen auch aus anderen Kreisen gebracht werden (Selbstgezeugenes wie Eingeführtes), da es der Verbesserung der Viehzucht nur förderlich sein kann, gute Thiere einzuführen; sodann landwirthschaftliche Geräthe und Maschinen aller Art. Geldprämien werden nur für selbstgezeugene Thiere bauerlicher Grundbesitzer erteilt; ferner Anerkennungszeichen für sich auszeichnende Gegenstände der Pferde- und Viehzucht, wie der landwirthschaftlichen Geräthe- und Maschinenindustrie. Der Verein bezweckt mit der Ausstellung hauptsächlich, für die Bewohner des Kreises und der Umgegend nachzuweisen, wo gutes Material zu Zuchtzwecken, sowie nützliche Maschinen und Geräthe in unserer Nähe vorhanden sind, und dann die Bestrebungen und Leistungen auf diesem Gebiete zu konstatiren. Diejenigen, welche sich bei der Ausstellung betheiligen wollen, und sich bei dem Komitteesmitglied, Hüttenrathsbefugter Wirt in Ybornit oder bei Ybornit, bis zum 30. April melden, haben den Vortheil ihre Thiere in einem bei genügender Betheiligung anzufertigenden gedruckten Verzeichniß der ausgestellten Thiere aufgeführt zu sehen.

Wollstein, 17. März. [Goldene Hochzeit; zur Warnung; Poßen.] Gestern nach beendigter Predigt in dem Vormittagsgottesdienste begingen die Eigentümer Andrer'schen Geyleuts aus Siedler in der hiesigen evangelischen Kirche das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist noch ziemlich rüstig, die Jubelbraut hingegen schon sehr hinfällig. Beide erziehen jedoch vor dem Altar, wo ihnen der Superintendent Gedächtnis nach einer bezüglichen Ansprache die ihnen von Ihrer Maj. der Königin Wittve geschenkte Bibel überreichte. Die seltene Feier machte auf die zahlreich anwesenden Gemeindeglieder einen tiefen Eindruck. — Wie gefährlich es ist, kleine Kinder ohne Aufsicht auf der Straße zu lassen, zeigte ein gestern Nachmittag hier stattgehabter trauriger Vorfall. Der 3jährige Knabe eines hiesigen Einwohners setzte sich auf die Deichsel eines durch die Straße langsamen Schrittes fahrenden beladenen Wagens, der mit einem andern, ebenfalls beladenen Wagen zusammengebunden war, fiel herunter und wurde beim Ueberfahren der Art verlest, daß er auf der Stelle todt blieb. Den Fuhrmann, der auf dem ersten Wagen saß, trifft nicht die geringste Schuld. — Die Varioloiden oder mobifisirten Menschenpocken, die längere Zeit hindurch in hiesiger Umgegend ziemlich heftig auftraten, haben nunmehr gänzlich aufgehört. Der Verlauf der Krankheit war mit Ausnahme einiger Fälle, die einen tödlichen Ausgang nahmen, ein guter.

Erzmehow, 17. März. [Telegraphenzerstörung.] In der Nacht vom 13. zum 14. d. ist hier der seit Anfang Dezember v. J. im Gange befindliche Telegraph zerstört worden. Die Thäter haben schon 600 Schritt von der Stadt ihr Zerstörungswerk begonnen und 700 Schritt weit ausgebeut. Auf diesem Raume haben sie nicht nur den Draht durch Zerkleinern und Zerklopfen mit Steinen vernichtet, sondern auch noch drei Stützpfähle ganz und andere mehr oder weniger zertrümmert. Die Zerstörer hatten zwei Stüde des vernichteten Drahtes quer über die Gasse gelegt und die Enden um die Bäume gewickelt, und zwar ein Stück in Mannshöhe und eins etwa 4 Fuß hoch. Als der Besitzer W. aus Rudst mit seiner Gatten um 1 Uhr Nachts nach Hause fuhr, wurde dem Kutscher durch den Draht das Gesicht verletzt und die Mütze vom Kopfe gerissen. Gegen den zweiten Draht fuhr die Pferde so schief an, daß die Halfter platzen und Mehreres durch den Gegendruck der Pferde an dem Wagen zerbrach. Auf Ermittlung der Thäter ist eine Prämie von 50 Thln. gesetzt. (Bromb. Z.)

Der Verein zur Förderung der deutschen Interessen in der Provinz Posen.

Viele Anfragen nach dem Statute und der Tendenz des Vereins zur Förderung der deutschen Interessen in der Provinz Posen veranlassen den Unterzeichneten, darüber einige Worte an seine Mitbürger zu richten.

Die wiederholten Versuche der polnischen Einwohner unserer Provinz, dieselbe als ein rein polnisches Land darzustellen, und in Folge dessen eine dem entsprechenden Verwaltung zu verlangen, haben den deutschen die Nothwendigkeit klar gemacht, die öffentliche Meinung über den wahren Sachverhalt aufzuklären, und dies gab zuerst die Veranlassung, daß sie sich als politische Partei zu konstituiren suchten. Der Nationalverein entstand, und an demselben Tage der Verein deutscher Landwirthe; es zeigte sich aber bald, daß sich verhältnismäßig zu wenig bei dem ersten betheiligten, um den Anspruch machen zu können, daß er die deutsche Bevölkerung unserer Provinz repräsentire. Der Gedanke, daß uns hier dringendere Aufgaben gestellt wären, als auf die Einigung ganz Deutschlands hinzuarbeiten, mochte viele abhalten, ihre Kräfte Bestrebungen zu widmen, die, so löblich sie an sich sein mögen, doch dazu führen müßten, das als Nebensache zu behandeln, was die Hauptaufgabe der hiesigen Deutschen sein sollte. Diese Ueberzeugung gab

(Fortsetzung in der Beilage.)

die erste Idee zu dem Vereine deutscher Landwirthe. Es ist vielfachem Tadel unterworfen worden, daß man nicht gleich Anfangs den Verein auf alle Klassen der Deutschen ausdehnte; wenn auch zugegeben werden kann, daß sich vieles mit Recht dagegen einwenden läßt, so sprachen auch manche Gründe dafür. Erstens waren die ersten Gründer der Provinz unbekannt, und es war zu fürchten, daß ihre Namen nicht Einfluß genug üben würden, um über ihren Berufszweig hinaus noch zu zahlreichem Beitritt zu veranlassen. Zweitens und hauptsächlich galt es aber, erst einen Kern zu bilden, der in sich möglichst homogen, auch auf ein einmüthiges Vorgehen hoffen ließ. Diese Hoffnung hat sich auch insofern bestätigt, als beinahe alle Beschlüsse des Vereins mit außerordentlich großer Majorität gefaßt worden sind. Endlich ist auch dies nicht zu übersehen, daß es durch diese Beschränkung möglich wurde, den Verein ganz unabhängig zu erhalten und dadurch namentlich auch den Argwohn zu vermeiden, als sei derselbe von Oben her provoziert worden. Indessen, mag bei dieser Organisation ein Fehler gemacht worden sein oder nicht: der Verein hat jetzt seine Existenz aufgegeben, und es wird nur von der Theilnahme der Deutschen abhängen, ob er ein allgemeiner und dadurch fähig werden wird, unsern Interessen mit Energie wahrzunehmen. Durch eine solche Ausbreitung, wie sie in unseren Wünschen liegt, wird selbstredend das Statut, was dem Vereine bisher genügt, ganz unzureichend, und darum hat die letzte Generalversammlung desselben am 28. Februar auch beschlossen, es in der demnächst abzuhaltenden durchaus umzuwandeln. Die Frage nach demselben ist also eigentlich eine müßige, da es ja in die Hand der neu hinzutretenden Mitglieder gelegt ist, es nach ihren Wünschen zu gestalten. Der Unterzeichnete bittet seine Mitbürger zu bedenken, daß sie wohl alle mit ihm darin einverstanden sind, wie Noth es thut, daß die Deutschen sich sammeln. Daß es hier nicht gilt, abstrakte Theorien und vage Wünsche ins Leben zu rufen, sondern eine Provinz, die bisher immer der

öffentlichen Meinung als ein zweifelhafter Annex erschienen, dessen Treue und Anhänglichkeit an unsern Staat wohl nicht über jeden Argwohn erhaben war, zu einer wesentlich deutschen zu machen, und dadurch aufs Innigste mit unserm Vaterlande zu verbinden. Die Arbeit unsers Vereins wird nicht bloß darin zu bestehen haben, Versammlungen und demonstrative Reden zu halten, er wird auch dafür sorgen müssen, daß durch neue Ansiedlung von Deutschen ihre Zahl hier größer werde. Aber der Verein glaubt auch, daß gerade in einem energischen Auftreten das Mittel liegt, bei unseren jenseitigen Landsleuten die Neigung zu erwecken, zu uns zu kommen. So lange er aber nur verhältnismäßig wenige umfaßt, kann er seiner Aufgabe nicht gewachsen sein. Ist man der Meinung, daß er überhaupt verfehlt ist, so stelle man etwas Besseres an seine Stelle, aber das Schlimmste ist, die Hände in den Schooß legen, und das zu tadeln, was man nicht bessern will.

Dabrowo, im März 1862. v. Tempelhoff.

Angekommene Fremde.

Vom 19. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer Rolain nebst Frau aus Gornow, Domänenpächter Heinze nebst Frau aus Stramitz, die Kaufleute Pechold aus Nordhausen, Gessmann aus Laasphe, Schindler aus Reife, Seidel aus Berlin, Bierre du Bai aus Brüssel, Schulz und Kettenbeil aus Leipzig.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Pfand aus Pirotowo und v. Terno aus Obiezje, die Kaufleute Mary aus Manchester, Rosenbath und Münsterberg aus Berlin, Engels aus Mülheim, Heydt aus Gnan, Bullenheimer aus Nürnberg und Treibers aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Frauen Gräfin Kwiecka aus Opotowo, v. Zatzewski und Frau v. Latinska aus Mityczyno, die Rittergutsbesitzer v. Buzowicki aus Grunzig und v. Zychlinski aus Ujargowo, Gutsbesitzer Demel aus Modaslo, Probst Lemig aus Sadt, Agronom Kismanowski aus Belagno und Handelsfrau Groß aus Sprottau.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Inspektor der Korrekptionsanstalt

Mitlaß aus Kosten, Böttchermeister Dittmer aus Stettin, Rechtsanwalt v. Tramppehski aus Schroda, die Rittergutsbesitzer v. Grabowski aus Kustor und v. Terno aus Sopotowo, Gerichts-Ärztin Trelewski aus Gnesen, Domänenpächter Duos aus Zaborowo und Kaufmann Kiegel aus Würzburg.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer Rohrmann aus Gabel, v. Suchorzewski aus Puzgylowo und Walz aus Góra, Gutsbesitzer Rajewski nebst Frau aus Braciszewo, Wirthschafts-Inspetor Siebe aus Siemiano, die Gutsbesitzer Kiewewetter nebst Frau aus Klejzewo und v. Storzewski aus Sopotowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Gutsbesitzer Hildebrand aus Trzeclino, Holzhandler Bergmann aus Berlin, die Kaufleute Schütz aus Leipzig und Unverzagt aus Halle.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Biesler aus Bröblewo, Graf Mielzynski aus Pawlowo, Graf Starbel aus Bialy, v. Blotzowski aus Przelaw, v. Mierzynski aus Bythin, v. Dytowski aus Gultowo und v. Gelmanski aus Lutom, Bürger Pazderski aus Warschau und Probst Kufinski aus Głuchowo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Storzewski aus Wysola, Sypniewski aus Piotrowo und Walsleben aus Kirch-Dombrowa, die Agronomen Gebrüder Sniogocki aus Kierowo, Geistlicher Muryznski aus Wrozy und Kaufmann Lewin aus Wrozy.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Sommerfeld aus Konin und Heine aus Berlin, Rittergutsbesitzer v. Zychlinski aus Budzin, Probst Badurcki und Sekretär Janich aus Opalenica, die Gutsbesitzer Lenz aus Albstadt, Rimbach aus Schlawa und Frau Busse aus Netze, Inspektor Schwager aus Breslau.

GOLDENER ADLER. Lehrer Krenz aus Adamowicz, Gutsbesitzer Schurr aus Bierzlin, Schreiber Stasiewicz aus Lednagora, die Kaufleute Cohn, Braun und Marcus aus Schroda und Holz aus Wreschen.

GOLDENES REH. Dachdecker Bogutski aus Trzemelzno, Rabbiner Levin aus Landsberg, Wirthschaftsbesitzer Lewicki und die Kaufleute Braun aus Schroda und Licht aus Pudewitz.

DREI LILIE. Gutsbesitzer Mehning aus Mehningwalde, die Kaufleute Knoll aus Grag und Nowakowski aus Kistowo.

PRIVAT-LOGIS. Partikulier Kottlinski aus Gnesen, Ritterstraße 7.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Der auf den 20. d. Mts. angelegte Termin zur Vorführung und Revision der in dieser Stadt vorhandenen Pferde wird ausgesetzt. Der neu anzuberaumende Termin wird öffentlich bekannt gemacht werden.

Posen, den 18. März 1862.

Der Magistrat.

Proclama.

Das Rittergut **Solnica**, mit Zubehör landchaftlich auf 118,944 Zdr. 13 Sgr. 1 Pf. taxirt, den **Michael von Chlapowski'schen** Erben gehörig, soll

am 5. Mai dieses Jahres

10 Uhr Vormittags auf die Zeit von Johanni 1862 bis dahin 1866 meistbietend verpachtet werden. Lage und Pachtbedingungen sind in unserem Bureau II. einzusehen.

Krotoschin, den 8. März 1862.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Als muthmaßlich gestohlen ist polizeilich observirt: Ein graubrauner Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen und mit gestreifter schwarzer Seide gefüttert.

Nachlaß-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich Freitag den 21. März c. Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokale Magazinstrasse Nr. 1** diverse Nachlaßgegenstände, bestehend aus Möbeln, als: Sopha, Kommoden, Stühle, Spiegel, Tische, Betten, Kleidungsstücke, Wäcker, Küchen- und Hausgeräth öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Zobel, gerichtlicher Auktionator.

Wein- und Cigarren-Auktion.

Freitag am 21. März c. Vormittags werde ich im **Auktionslokale Breitestraße Nr. 20 und Büttelstraße Nr. 10** für auswärtige Rechnung:

300 Flaschen Champagner,
600 süßen und herben Ungarwein,
150 Rheinwein und
15 Milleß. feine Cigarren

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Dipsch, königl. Auktionskommissarius.

Zum Abbruch wird ein Stallgebäude aus Fachwerk mit Ziegeln ausgestattet, und gedeckt, am Freitag den 21. d. M. Vormittag um 11 Uhr auf dem Hofe der Loge, Graben Nr. 8, öffentlich an den Meistbietenden verkauft.

Gutsverkauf und Pachtgeschäft.

Gutsverkauf und Pachtungen werden jeder Größe gesucht durch das Güter-Agentur-Kommittee von **Wilhelm Buschin** in Frankfurt a. O.

Eine Landwirthschaft.

80 Morgen groß, guten Wirthschaftsgebäuden, 1 Meile von Posen entfernt, 30 Morgen mit Roggen-Winterausfaat, ist sofort zu verkaufen; nähere Auskunft ertheilt der Färbereibesitzer **A. Sieburg**, Wallstraße 96.

Ein hiersebst eine Meile von der Kreisstadt **Gnesen** belegenes Grundstück, bestehend aus 300 Morgen Acker inkl. Wiese, nebst den dazu gehörenden Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, welche in gutem Zustande sind, bin ich Willens aus freier Hand zu verkaufen.

Jahns in Rendorf, K. Gnesen, Prov. Posen.

Herr Dr. **Deutsch** hiersebst (Friedr. Wilh. Str. Nr. 65) hat meinen Sohn, der seit seiner Kindheit an einem **Hautausschlag** litt, wodurch er an jeder Thätigkeit verhindert wurde, und an Körper und Geist zurückblieb und wegen ihm mehrere Aerzte und langwierige Verpflegung in Hospitälern nicht im Geringsten helfen konnten, **vollständig geheilt**. Ich sage dem Herrn Dr. **Deutsch** hierdurch meinen innigsten Dank.

Breslau, Albrechtsstr. 54.

Pischke, Dr. med. u. Chirurg.

Danksgiving.

Am 11. d. Mts. war ich damit beschäftigt, einen Mühlstein zu schärfen, bei welcher Gelegenheit mir ein Stück der Gussstahlspide ins linke Auge flog. Ich begab mich darauf nach **Zarocin** zu einem Arzte, welcher nach einstündiger Benüthung mir den fremden Körper aus dem Auge zu entfernen, mich mit der Erklärung entließ, ich möchte morgen wieder kommen. Meine Schmerzen waren unerträglich und eine Wiederholung der Operation fürchtend, begab ich mich am andern Morgen zu dem Herrn **Dr. Beigel** nach **Zarocin**, welcher mir den fremden Körper im Nu aus dem Auge entfernte, mich von unangenehmen Schmerzen befreite, wohl der Kette meines Auges wurde. Ich sage ihm dafür hiermit meinen herzlichsten Dank.

Wola K., den 14. März 1862.

S. Miskow, Mühlensbesitzer.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Die genannte Gesellschaft bringt hierdurch zur Kenntniß des Publikums, daß sie gegenwärtig auch in **Koźmin** eine Agentur errichtet und den Herrn **Rendanten Rummler** daselbst zu ihrem Agenten ernannt hat, bei welchem die näheren Bedingungen eingesehen und Versicherungsanträge angemeldet werden können.

Berlin, den 29. November 1861.

Direktion

der Berlinischen Lebens-Versicherungsgesellschaft.
Busse, Generalagent.
Theodor Baarh, Hauptagent.

Kutzner's Hotel in Breslau,

alle Taschenstraße 6, belebtester Stadttheil.

zeitgemäß eingerichtet, Zimmer 15 Sgr. inkl. Bett, Getränke, Speisen gut und preiswürdig.

Hôtel Zettlitz in Breslau,

vis-à-vis dem königl. Palais, dem Paradeplatze, nahe dem Theater, dicht an der schönen Hauptpromenade gelegen. Mein oben bezeichnetes, bedeutend vergrößertes, mit allem Komfort und Eleganz eingerichtetes Hotel, zur Annahme für große Familien wie für einzelne resp. Reisende völlig geeignet, hier ganz besonders durch gesunde freie Lage, schöne Gartenanlagen, Pavillons und Salons, elegante Badezimmer bevorzugt, empfehle ich zu fernem hochgeachteten zahlreichen Besuch, mit Zusicherung prompter Bedienung, reeller, zufriedensstellender Preise.

Oscar Schelcher, Besitzer.

für Industrie-Männer.

Bei den immer höher steigenden, oft nicht zu erschwingenden Holzpreisen mache ich hiermit auf mein reichhaltiges **Torflager** aufmerksam, wovon ich an reelle Unternehmer zum Anstoßen zu verkaufen beabsichtige.

Antonien (Nennmühle) bei Posen.

H. Beck.

Graben Nr. 37 ist Burbaum schodweise zu verkaufen.

Leesaat, rothe, weiße und gelbe, **Änzern**, **Äymothee**, **Gräser**, sowie alle übrigen Samereien offeriren

L. Kronthal & Levy, Markt 84.

Gelben Riesen-Kunkel-Rübensamen, fortgezüchtet aus der bekannten ausgezeichneten Breslauer Pöhlischen Gattung, der Schafel 5 Zdr., die Meße 10 Sgr., verkauft

C. Heinze.

Vorwerkbesitzer in Klecko, Kreis Gnesen.

Neuen amerikanischen

Pferdezahn-Mais erhalten wir im Laufe dieses Monats und bitten um rechtzeitige Aufträge.

L. Kronthal & Levy.

Arbeitsunfähige oder todte Pferde werden zu den höchstmöglichen Preisen gekauft von der **Zerzyer Fabrik**

Frank, Fabrikbeamter.

In der Stammschäferlei **Schlemmin** bei **Dammgarten** in Neuborpomern kommen in diesem Jahre außer den **Widen 150 Merino-Kammwoll-Unterschaf** zum Verkauf, die sich noch sehr gut zur Zucht eignen und Ende Juli abgenommen werden können. Die Thiere zeichnen sich betanlich durch **Wollreichthum, Körpergröße, Gesundheit und Anspannbarkeit** so aus, daß sie anerkannt durch ihren Reinertrag sowohl die Elektoral- als auch die Negretti-Zuchtwollschafe bei Weitem übertreffen und deshalb immer mehr Verbreitung finden. Nähere Auskunft darüber zu erteilen ist der Unterzeichnete auf gefällige Anfragen gern bereit.

O. Wiese.

Den Blumen- und Gartenfreunden und Land- und Fortwirthen empfehle mein reichhaltiges Lager von landwirthschaftlichen und Garten-Samereien, und steht mein spezielles Samenverzeichnis gratis und franko zu Diensten.

Auch empfehle ich mich zur Ausführung von Gartenanlagen und Anfertigung von Gartenplänen.

Bouquets etc. werden wie bisher auf das Geschmackvollste jederzeit angefertigt.

Posen, im Frühjahr 1862.

von **Heinrich Mayer**, Kunst- und Handelsgärtner.

Königsstraße 6/7 u. 15a.

Die Samenhandlung und Kunstgärtnerei von **Bernhard Thalacker** in Erfurt

empfiehlt:

1) Spargelpflanzen, von dem echten Erfurter Riesenpargel, nebst gedruckter Kulturanleitung, 100 Stück zweijährige Pflanzen 1 Zhr., 1000 Stück zweijähr. 8 Zhr., dreijähr. Pf. 100 Stück 1 1/2 Zhr., 1000 Stück 11 Zhr.

2) Gefüllte Kamnellen in schönsten Färbungen, kräftige Pflanzen, das Duzend 3 Zhr., das Duzend 15 Sgr. (Saamen 1000 Korn 15 Sgr.)

3) Schönste Topfnellen in 500 der vorzüglichsten Sorten, kräftige Pflanzen, einzeln in kleinen Töpfen, 100 Stück 10 Zhr., das Duzend 2 Zhr.

4) Rosen in circa 300 der schönsten und reichblühendsten Sorten. Ein Duzend kräftige Pflanzen von **Thé. Bourbon. Noisette** und **Bengal-Rosen**, einzeln in kleinen Töpfen, 100 Stück Weinscheider, Stachelbeere, Johannisbeere, Himbeere in den schönsten, bestempfohlenen Sorten, das Duzend 1 bis 2 Zhr.

Verbene, Heliotropium, Lantane, Petunien (gefüllte), Buchsien, das Duz. schöne Pflanzen 1 Zhr., Blatt- oder fog. Dekorationspflanzen das Duzend 2 Zhr.

Auf gef. frankirtes Verlangen wird sogleich das Hauptverzeichnis franko zugesandt.

Bernhard Thalacker Kunst- und Handelsgärtner in Erfurt.

Polnische Fetthammel, 50 Stück, Kernwaare, 100 Pfund, stehen zur Abnahme sofort und in nächster Zeit in: **Wytower Parzellen bei Dobryca**.

Schafverkauf.

Das Dominium **Ziegenhagen** bei **Reeg** und 2 Meilen von **Ansvalde** in der **Pl. M.** stellt wiederum in diesem Jahre aus seiner Negretti-Schafzucht mehrere Hundert Hammel, Mutter- und Zettische, wie auch Zährlinge von fest ab zum Verkauf und Abnahme nach der Wollschur. Die Schafe sind durchweg gesund, sehr mottreich und von kräftigem Körperbau, weshalb sie einem jeden Käufer und Schafereibesitzer mit Recht empfohlen werden.

Grabkreuze.

Platten, Monumente, liefert billig, schnell u. schön **H. Klag**, Friedrichsstr. 33.

Illuminationslampen billigt bei **David Bley**. Gebrauchte Weinflaschen kauft **Hôtel du Nord**.

Gebrauchte Fenster, verglast und im besten Zustande, stehen zum Verkauf bei **Eduard Kaatz**, Friedrichstr. 14.

Stearinlichte in jeder Qualität empfiehlt billigt **F. A. Wutke**, Capieaplay Nr. 6.

Feinste Weizenstärke verkauft à 3 1/2 Sgr. das Pfund, wie auch sämtliche Waschartikel billigt die Farbenhandlung von **Adolph Asch**, Schloßstraße 5.

Frische Mustern empfiehlt **Jacob Tichauer**.

Frühe Kieler Sprossen und Speckbucklinge empfiehlt **Jacob Appel**, Wilhelmstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Grüne Koch-Erbsen, à Quart 2 Sgr. empfiehlt **Moritz Briske**.

Frühe Kieler Sprossen und Speckbucklinge empfiehlt **Jacob Appel**, Wilhelmstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Am Wilhelmsplatz Nr. 16 ist ein großer Laden mit Schaufenster, zwei dahinterliegende Stuben und eine große Baaren-Kemise von 1. April d. J. an zu vermieten.

Ranonienplatz 9 im 3. Stock ist eine möbl. Stube zu vermieten.

Schwabentod!

von **L. W. Egers** in Breslau. Giftfreies Pulver zur sichern Vertilgung der Schwaben nebst Brut. Preis der Schachtel 10 Sgr., und Spritzmaschinen dazu à 10 Sgr. in Posen bei **S. Spfro**, Markt 87.

empfehl billigt **Isidor Busch**, Capieaplay 1.

empfehl sowohl Pfannen als auch Birnen und Honig zu den billigsten Preisen. **Michaelis Reich**.

Zu Fastenspeisen

empfehl bestes frisch und reinschmeckendes **Reinöl** pro Quart und Zentnerweise die **Delraffnerie** von **PINCUS WOLFFSOHN** in Posen, Wroterstraße 21.

Frühe Kieler Sprossen und Speckbucklinge

empfiehlt **Jacob Appel**, Wilhelmstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Grüne Koch-Erbsen

à Quart 2 Sgr. empfiehlt **Moritz Briske**.

Frühe Kieler Sprossen und Speckbucklinge empfiehlt **Jacob Appel**, Wilhelmstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Am Wilhelmsplatz Nr. 16 ist ein großer Laden mit Schaufenster, zwei dahinterliegende Stuben und eine große Baaren-Kemise von 1. April d. J. an zu vermieten.

Ranonienplatz 9 im 3. Stock ist eine möbl. Stube zu vermieten.

Breslauerstr. 15 sind 2 möbl. Stuben zu verm.
Eine möbl. Parterrestube ist zu vermieten
Eindringfr. 4. Näb. zu erfragen im Hof links.
Ein gut möbl. Parterrezimmer Schu-
macherstr. Nr. 3 zu vermieten.

Schiffahrts-Anzeige.
Hiermit bringen wir zur Kennt-
niß, daß unsere bis dato von hier
nach dort expedirten Güterladungen
vor der Schleiße bei Branden-
burg liegen, welche Befußs noth-
wendiger Bauten gesperrt ist und
vielleicht erst Mitte April d. J. wie-
der eröffnet wird, da unvorherge-
sehene Hindernisse den von der kö-
niglichen Regierung zu Potsdam
bestimmten Termin zu überschreiten
nötig machen.
Magdeburg, den 15. März
1862.
Krentzlin & Liepelt.

Kommis-Gesuch.
Zwei Kommis für Kolonialwaarenhandlungen
zwei deßgl. für Tabak- und Cigarrengeschäfte,
drei Verkäufer für Tuch und Manufakturwaaren
können Placement erhalten.
L. Gutter, Kaufmann, Berlin.

Ein befähigter Mälzer und Brauer, unverhei-
rathet, findet sofort ein Unterkommen beim
Brauer G. Weiss in Posen.

Für das Komtoir einer größeren Holz-
handlung wird unter annehmbaren Bedin-
gungen ein guter empfindlicher Kommiss,
— wenn auch nicht gerade mit der Branche
vertraut, — zu engagiren gewünscht.
Hierauf reflektirende junge Komptoiristen
oder Kommiss mit guter Handschrift, die
sich für das Komtoirfach ausbilden wollen,
mögen ausführliche Bewerbungen an M.
Götsch & Comp. in Berlin, Fern-
seherstr. 63 einfinden.

Ein in seinem Fach bewährter, gut em-
pfohlener Koch findet vom 1. Mai
d. J. an in einem Hotel ersten Ranges
eine gute Anstellung. Derselbe muß
aber sein Geschäft mit Umsicht, ohne Ver-
schwendung zu leiten, auch die feinsten
Diners zu bereiten verstehen. Nachricht
ertheilt der Bedienter Schwerin
in Breslau, Schweidnitzer Stadt-
graben Nr. 8.

Dominum Jagiwnis bei Klecko braucht
zum 1. April einen unverheiratheten
Gärtner.

Vier Thaler Honorar, wer mir zur Erlan-
gung von zwei gut empfohlenen Knecchten
und deßgl. zwei Mittelfeldern zum 1. April d. J.
beihilft ist.
Der Faktor Kaul,
Büttelstr. 9.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, welcher der deut-
schen und polnischen Sprache mächtig und
mit den nöthigen Schulkenntnissen ausgestattet,
findet als Lehrling in meiner Handlung ein
Unterkommen.
Rudolph Neugebauer.
Ostrowo, im März 1862.

Ein Lehrling, mit den nöthigen Schulkennt-
nissen versehen, kann sofort eintreten bei
Siegmund Sax, Breslauerstr. 2.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei
H. Wismach, Bäckermeister,
St. Martin Nr. 63.

Ein Stellmacher findet George d. J. ein Un-
terkommen in Lowencin bei Schwierenz.

Zugelaufen ein gelber Spitzhund beim
Bäckermeister Merkel, gr. Gerberstr.
Nr. 38. Gegen Zurückführung des Infections-
gebühren kann derselbe abgeholt werden.

Es sind vor einigen Wochen, wahrscheinlich beim
Transport zur Drechsele, 3 Servietten
verloren gegangen, G 11, G 12 (roth gothisch) und
B mit Nummer (schon verworfen) bezeichnet.
Dem Finder soll Graben Nr. 25 für jede Ser-
viette 1 Thlr. Belohnung gezahlt werden.
Fr. 21. III. 7 A. R. I.
S. 22. III. 12 1/2 M. F. u. T. I.

Familien-Nachrichten.
Als Verlobte empfehlen sich:
Henriette Lewinson,
Wolf Lindenthal,
Bnt. Deßfel.

Den am 2. d. Mts. früh um 10 Uhr erfolgten
Tod meines vielgeliebten Chemanes, des
Gutsbesizers Kauer Bloch, zeige ich Freunden
und Bekannten hierdurch tiefbetrubt an.
Maglaw bei Kosten, den 19. März 1862.
Bewittwete Bloch.

Nachruf.
Am 9. d. Mts. starb in Neustadt a. B. nach
22jähriger segensreicher Wirksamkeit im 69. Le-
bensjahre der Lehrer Ephraim Kemat. Seinem
Beruf mit fester Liebe ergeben, war er
einer jener aufopfernden Lehrer, die trotz aller
Schwierigkeiten ihrer Stellung und trotz aller
Hindernisse die Freude an der Arbeit nicht ver-
lieren. Er stand einsam im Leben; aber der großen
Zahl von Schülern, die der Verstorbene heran-
gebildet hat, und den Einwohnern Neustadts,
denen er ein treuer Freund und Rathgeber war,
wird sein Andenken theuer und unvergänglich
bleiben.
Im Namen der Schüler des Verstorbenen
Dr. Richter in Pleschen,
Tobias Braun in Posen.

Anwärter Familien-Nachrichten.
Verbindungen. Königsberg: Fr. Clara
Vollmann mit dem Prediger Zul. Wendland.
Todesfälle. Landshut: Fr. Arnold in
Stolp, Oberst a. D. Fr. v. Jollitzer-Altenkin-
gen in Berlin, Frau Wirtl. Geh. Rath Mathis
in Zepernitz bei Bernau, Rentier Th. Grüne in
Sora, Oberst Witt in Breslau, Diakon Kleist
in Calbe a. S., Klostersekretär a. D. Stille in
Magdeburg, Rittergutsbes. Bönsch in Kl. Grau-
den, Rittergutsbes. Sauer in Porewitz, Fabrik-
dirigent Krieg in Eichberg, Steuereinknehmer
Strupel in Gr. Strehlitz, Staatsanwalt Kanther
in Gunnersdorf, Kaufm. Schael in Göttersberg,
Diaton Götsch in Witzig, Fr. Curt v. Roth-
fisch in Schöps, Elguth, Kaufmann Michelly in
Königsberg i. Pr., Fortmeister a. D. Correns
aus Glas in Wien, Pastor Klein in Ronto-
lau, Kaufmann Blaschke in Hamburg, ein
Sohn des Hof-Jagdraths G. Wolf in Berlin,
Fr. H. Wolff in Landshut, Landwirth, Leyp-
prediger K. Thiele zu Egeren in Thüringen,
verw. Fr. E. Waderhagen in Stadtoldendorf,
Geh. Ob. Reg. Rath Chr. A. A. Heibfeld in
Doppeln, Professor Valentini, Direktor Dr.
S. Schweiger und Apotheker S. Drude in Ber-
lin, Amtmann Fr. Boose in Sternberg i. d. R.-
M., Amtmann G. Wierdorff in Dahlewarden.

Lambert's Salon.
Mittwoch den 19. März
Sinfonie-Konzert.
Sinfonie A-dur Sinfonie von Beethoven.
Sinfonie G-dur von Haydn.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée a Person 2 1/2 Sgr.
Rauchen ist nicht gestattet.
F. Radeck.

Stadttheater in Posen.
Mittwoch, Abschiedsvorstellung des Herrn
Opfermann und Fräulein Emma Sänger.
1. Pas Syphide. 2. La Co-
quette. 3. Alt und neue Zeit, oder:
Sont und Zeit. Sämmtliche Länze werden
von Herrn Opfermann und Fräulein Emma
ausgeführt. — Dazu: Wer wird heirathen?
Eustipiel in 4 Akten von Weigenthurn.
Donnerstag bleibt die Bühne wegen Vorbe-
reitung zum Tempel und Jüdin geschlossen.
Freitag zum ersten Male: Zum Benefiz für
Herrn Wilhelm Geras: Tempel und
Jüdin. Große Oper in 3 Akten von Marschner.

Lamberts Salon.
Sonabend den 22. März
zur Feier des Geburtstages
Sr. Maj. des Königs
großer und in dieser Saison letzter
Maskenball,
mit und ohne Maske.
Großer Cotillon mit Orden, Blumen-
Bouquets u. bengalischer Beleuchtung.
Entrée für Herren 10 Sgr. für Damen 7 1/2
Sgr. — Vorher, bis Sonnabend Nachmittags
5 Uhr, sind Billets für Herren à 7 1/2 Sgr. und
für Damen à 5 Sgr. bei Fr. H. Bultes,
Friedrichstraße, und im Lokale selbst zu haben.
Anfang 8 Uhr. Für eine große Auswahl von
Maskenanzügen ist gesorgt. Demaskiren nach
Belieben.
Morgen Abend Eisbeine bei Scholz, Büttelstr.

Posener Marktbericht vom 19. März.

	von	bis
Fein. Weizen, Schll. 16 Mts.	2 26	3 2 7 6
Mittel. Weizen		
Bruch. Weizen		
Roggen, schwerer Sorte	1 27	1 20
Roggen, leichtere Sorte	1 20	1 21
Große Gerste		
Kleine Gerste		
Hafer		
Rohrgersten		
Futtererbsen		
Wintererbsen, Schll. 16 Mts.		
Wintererbsen		
Sommerrüben		
Sommerrüben		
Buchweizen		
Kartoffeln		
Butter, 1 Maß (4 Berl. Dtl.)	15	
Rotz. Klee, Ct. 100 Pfd. 3 G.		
Weißer Klee		
Heu, per 100 Pfd. 3 G.		
Stroh, per 100 Pfd. 3 G.		
Hübsl, Ct. 100 Pfd. 3 G.		
Die Markt-Kommission.		

18. März 1862. 15 Mts. 28 1/2 Sgr. — 16 Mts. 1 1/2 Sgr.
Berichtigung: 17. März anstatt 16 Thlr.
28 Sgr. 9 Pf. — 15 Thlr. 28 Sgr. 9 Pf.
Die Markt-Kommission
zur Feststellung der Spirituspreise.

**Kaufmännische Vereinigung
zu Posen.**
Geschäfts-Versammlung vom 19. März 1862.
Roggen, etwas milder, pr. März 43 1/2 Br.
43 Gd., März-April 43 bez., Br. u. Gd., Frühl-
jahr 43 bz., Br. u. Gd., April-Mai 43 bz., Br.
u. Gd., Mai-Juni 43 Br., Sept.-Okt. 43 Br.
Spiritus, schwach behauptet, mit Maß pr.
März 16 1/2 bez. u. Br., April 16 1/2 bz. u. Br.,
Mai 16 1/2 bez. u. Br., Juni 16 1/2 bz., 1 Br.,
Juli 16 1/2 Br., 1 Gd., August 17 1/2 Br.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Posener 4 % alte Pfandbriefe	103 1/2	—	—
3 1/2 %	98 1/2	—	—
4 % neue	97 1/2	—	—
Rentenbriefe	97 1/2	—	—
Provinzial-Bankaktien	94 1/2	—	—
5 % Prov. Obligat.	100 1/2	—	—
5 % Kreis-Obligationen	100 1/2	—	—
5 % Odra-Mtl.-Oblig.	100 1/2	—	—
4 1/2 % Kreis-Obligationen	—	—	—
4 % Stadt-Oblig. II. Em.	96	—	—
3 1/2 % Staats-Schuldssch.	—	—	—
4 % Staats-Anleihe	—	—	—
4 1/2 % Freiw. Anleihe	100	—	—
4 1/2 % Staats-Anleihe	101 1/2	—	—
5 % Staats-Anleihe	107 1/2	—	—
3 1/2 % Prämien-Anleihe	121	—	—
Schlesische 3 1/2 % Pfandbriefe	—	—	—
Westpreuß. 3 1/2 %	—	—	—
Polnische 4 %	—	—	—
Oberöchl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
Prior. Akt. Lit. E.	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Rheinische Eisenb. Stamm-Aktien	—	—	94 1/2
Polnische Banknoten	—	—	84
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Wasserstand der Warthe:
Posen am 18. März Vorm. 8 Uhr 10 Fuß — Zoll.
19. „ „ 10 „ 2 „
Neustadt a. W. 17. März 8 Fuß 7 Zoll,
18. „ 8 „ 6 „

Produkten-Börse.
Berlin, 18. März. Wind: S. Barome-
ter: 28 1/2. Thermometer: früh + 6°. Witter-
ung: schön.

Weizen loco 62 a 80 Rt.
Roggen loco 49 a 52 1/2 Rt., p. März 50 1/2 a 50 1/2
a 50 1/2 Rt. bez., Br. u. Gd., p. Frühjahr 49 1/2 a
49 1/2 a 49 1/2 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-
Juni 49 1/2 a 49 1/2 a 49 1/2 Rt. bez., Br. u.
Gd., p. Juni-Juli 49 1/2 a 49 1/2 a 49 1/2 Rt. bz.,
Br. u. Gd., p. Juli-August 49 1/2 a 49 1/2 Rt.
bz., Br. u. Gd.
Große Gerste 34 a 38 Rt.
Hafer loco 22 a 25 Rt., p. März 23 1/2 Rt. Br.,
p. März-April 23 1/2 Rt. Br., p. Frühjahr 23 1/2
Rt. bz., p. Mai-Juni 23 1/2 Rt. bz., p. Juni-Juli
24 1/2 Rt. Br., p. Juli-August 24 1/2 Rt. Br.
Hübsl loco 13 Rt. Br., p. März 13 Rt. Br.,
p. März-April 13 Rt. Br., p. April-Mai 13 1/2
a 13 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 13 1/2
Rt. Br., 13 Gd., p. Juni-Juli 13 1/2 Rt. Br.,
13 Gd., p. Sept.-Okt. 12 1/2 a 12 1/2 Rt. bez.,
u. Gd., 12 1/2 Br.
Spiritus loco ohne Maß 17 1/2 Rt. bz., p. März
17 1/2 Rt. bez., p. April-Mai 17 1/2 a 17 1/2 Rt.
bz., 17 1/2 Br., 17 1/2 Gd., p. Mai-Juni 17 1/2
Rt. bez., u. Br., 17 1/2 Gd., p. Juni-Juli 18 Rt.
bez., u. Gd., 18 1/2 Br., p. Juli-August 18 1/2
a 18 1/2 Rt. bez., u. Gd., 18 1/2 Br., p. August-
Sept. 18 1/2 a 18 1/2 Rt. bez.
Weizenmehl O. 4 1/2 a 5 1/2, O. u. 1. 4 1/2 a 4 1/2
Rt. Roggenmehl O. 3 1/2 a 4 1/2, O. u. 1. 3 1/2 a 3 1/2
Rt. (u. u. 1. 3 1/2)

Stettin, 18. März. Wetter: Morgens Ne-
bel, später klar, Mittags + 11°. Wind: S.
Weizen loco pr. 85 Pf. gelber Ungar. 72-75
Rt. bez., Galizischer 72-74 Rt. bez., 1 Ladung
weißer Schell. 84 Pf. abgeladen pr. Conn. bez.,
83-85 Pf. gelber pr. Frühjahr 78 Rt. bz., u. Gd.,
Juni-Juli 78 Rt. bz., Juli-August 78 Rt. bez.,
August-Sept. 79, 78 1/2 Rt. bez.
Roggen loco pr. 77 Pf. 48 1/2-49 1/2 Rt. bez., 77
Pf. Frühjahr 48 1/2, 48 Rt. bez., Gd. u. Br.,
Mai-Juni 48, 47 1/2 Rt. bz., u. Br., Juni-Juli u.
Juli-August 48 Rt. Br., Sept.-Okt. pr. 2000
Pf. 48 1/2 Rt. Br., 48 Gd.
Gerste, schell. pr. Conn. 36 1/2-36 Rt. pr. 70
Pf. bez.
Heutiger Landmarkt:
Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen
68-78 50-52 32-36 24-28 46-64.
Hübsl loco 13 1/2 Rt. Br., April-Mai 13 1/2
Rt. Br., 13 bz., u. Gd., Sept.-Okt. 12 1/2 Rt. Br.

Spiritus loco ohne Maß 17 1/2 Rt. bz., März
17 Rt. Gd., Frühjahr 17 1/2 Rt. bz., 1 Br., Mai-
Juni 17 1/2 Rt. bez., u. Br., Juni-Juli 17 1/2
Rt. bz., Br. u. Gd., Juli-August 18 1/2 Rt. bz., 1 Br.,
August-Sept. 18 1/2 Rt. bez., u. Gd., 18 1/2 Br.
(Dfl. 31g.)

Breslau, 18. März. Wetter: Anhaltend
schönes Frühlingswetter, früh + 3°. Wind: S.
Feiner weißer Weizen 85-87 Sgr., mittel-
weißer und weißbunt 77-80-83 Sgr., f. gelber
Schell. 82-85 Sgr., galizischer 75-79-81
Sgr., blaupigiger 70-75-78 Sgr.
Feiner Roggen 60 1/2-61 1/2 Sgr., mittler 58-
60 Sgr., ordinärer 56-57 Sgr.
Gerste, feine weiße und schwere 40-42 Sgr.,
mittlere 38-41 Sgr., gelbe 36-37 Sgr.
Hafer pr. 50 Pf. 25-26 Sgr. bz.
Erbsen, feine Koch- 63-65 Sgr., mittlere 58
bis 58 Sgr., Futter- 48-52 Sgr.
Wintererbsen 113-116 Sgr.
Kleehefen, hochfein rother 13-13 1/2 Rt., fein
11 1/2-12 Rt., mittl. 10 1/2-11 Rt., ordin. 10-9 1/2
Rt., weißer feiner 17-18 Rt., fein mittler 14-16
Rt., ordinärer 9-12 Rt.
Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 %
Tralles) 16 Rt. Gd.
An der Börse. Roggen p. März 45 1/2-46 1/2
März-April 45 1/2 bz., April-Mai 45 1/2-46 1/2 bz., u. Gd.,
Mai-Juni 45 1/2 bz., u. Gd.
Hafer, April-Mai 21 Gd., 21 1/2 Br., Mai-
Juni 21 1/2 Rt. Br.
Hübsl, loco März u. März-April 12 1/2 Br.,
April-Mai 12 1/2 bz., 12 1/2 Br., Sept.-Okt. 12 1/2
Br.
Spiritus loco 16 Gd., p. März und März-
April 16 1/2 Br., April-Mai 16 1/2 Br., Mai-
Juni 16 1/2 Br., Juni-Juli 16 1/2 Br., Juli-Aug.
17 1/2 Br. (Br. Hdsbl.)

Wollbericht.

Wien, 15. März. Trotz des Festher Mark-
tes wurden in dieser Woche am hiesigen Plage
ca. 500-600 Ztr. Wolle umgesetzt, und zwar
Mittel-Einspuren und Lammwollen in den 13er
Gulden; Käufer waren Reichenberger und Brün-
ner Fabrikanten, auch ein Breslauer Käufer be-
theiligte sich am Geschäft. Die hiesigen Lager-
bestände lassen sich gegenwärtig mit Inbegriff
der hier lagernden russischen Wollen auf circa
4000 Ztr. veranschlagen, und bestehen dieselben
zumest aus guten Mittel-Einspuren, welche
Gattungen an anderen Plätzen schon wenig an-
zutreffen sind, daher sich erwarten läßt, daß bis
zur Schur der größere Theil noch geräumt wer-
den wird, besonders da unsere Händler sehr nach-
giebig geworden sind.

Pesth, 15. März. Unser Wollmarkt hat sich
nicht gebessert, der Geschäftsgang bleibt ein
äußerst matter. Seit unfrem vorgezogenen Be-
richt wurden wieder ca. 2000 Ztr. mit der ange-
gebenen Preisreduktion verkauft; eine Partie
feine Tuchwolle, aus ca. 80 Ztr. bestehend, wurde
von einem Reichenberger Kaufe à 172-173 fl.
aus dem Plage genommen.

Pesth, 15. März. [Wollmarkt] Seit
unfrem letzten Berichte wurden noch etwa 1000
Ztr. in der früheren Preisen verkauft, der Markt
ist nun als beendet zu betrachten, da der größte
Theil der Käufer den Platz bereits verlassen hat.

London, 13. März. In der am 27. v. M.
angefangenen bis 20. d. dauernden Auktion sind
heute 17,561 Ballen Australische und 15,024
Bullen Cap-Wollen verkauft worden, und es
werden von jeder der genannten Gattungen noch
circa 7000 Ballen vorkommen. Die Lebhaftig-
keit, welche sich schon im Anfang zeigte, hat seit-
dem noch zugenommen, und die Preise aller Gat-
tungen haben angezogen. Gute Spinn-Weße,
sowie Cap- für Streichgarne, sind jetzt 7 Sch.
10 D. theurer als in der vorigen Auktion, und
es sieht nicht so aus, als ob eine Verringerung zu
Gunsten der Käufer eintreten werde.

Fonds- u. Aktienbörse.
Berlin, 18. März 1862.

Eisenbahn-Aktien.		
Aachen-Düsseldorf	3 1/2	87 1/2 G
Aachen-Maastricht	4	23 1/2 B
Amsterd. Rotterd.	4	90 1/2 B
Berg. Märk. Lit. A.	4	105 1/2 B
do. Lit. B.	4	—
Berlin-Anhalt	4	137 1/2 B
Berlin-Hamburg	4	117 B
Berlin-Potsd. Magd.	4	167 B
Berlin-Stettin	4	127 1/2 B
Bresl. Schwb. Freib.	4	120-19 1/2 B
Brieg-Neiße	4	69 G
Cöln-Erfeld	4	—
Cöln-Minden	3 1/2	171 1/2 B
Cos. Oderb. (Wib.)	4	48 1/2 B
do. Stamm-Pr.	4 1/2	89 1/2 B
do. do.	4	89 1/2 B
Eßbau-Zittauer	5	—
Eudwigshof. Verh.	4	130 1/2 G
Magdeb. Halberst.	4	278 G
Magdeb. Wittenb.	4	44-45 B
Meißen-Eudwigsh.	4	119-20-19 1/2 B
Meißen-Burg	4	57-57 1/2 B u B
Münster-Hamm	4	98 G
Neustadt-Weisenb.	4 1/2	—
Niederschles. Märk.	4	98 1/2 B
Niederschles. Zweigl.	4	56 B
do. Stamm-Pr.	4	—
Nordb. Fr. Wib.	5	59 1/2 G u B
Oberöchl. Lit. A. u. C.	3 1/2	129 1/2 B
do. Lit. B.	3 1/2	124 1/2 B
Oest. Franz. Staat.	5	133 1/2-134 1/2 B
Oppeln-Tarnowitz	4	40 B
Pr. Wib. (Stahl-B.)	4	59 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.		
Berl. Kassenverein	4	116 B
Berl. Handels-Ges.	4	85 G
Braunsch. Bl. A.	4	77 1/2 G
Bremer do.	4	103 1/2 B
Cöln. Kredit-do.	4	67 1/2 G
Danzig. Priv. Bl.	4	100 B u G
Darmstädter abgt.	4	83 1/2-83 1/2 B
do. Zettel-B. A.	4	100 G
Deffauer Landesbl.	4	28 1/2 B
Dist. Comm. Anth.	4	92-93 Post B
Genfer Kred. Bl. A.	4	41 1/2 G u G
Geraer do.	4	83 1/2 B u G
Gothaer Priv. do.	4	77 B
Hannoversche do.	4	96 B
Königsb. Priv. do.	4	97 1/2 G
Köpenh. Kredit-do.	4	71 etw B u G
Luxemburger do.	4	103 1/2 G
Magdeb. Priv. do.	4	88 G
Meißen. Kred. do.	4	86 B u G
Moldau. Land. do.	4	23 B
Norddeutsche do.	4	92 1/2 B
Oest. Kredit- do.	5	75 1/2-75 1/2 B
Pomm. Ritt. do.	4	89 1/2 B
Posener Prov. Bank	4	94 B
Preuß. Bank-Anth.	4 1/2	121 1/2 B
Rostocker Bank Akt.	4	110 1/2 G
Schell. Bankverein	4	96 B
Thüring. Bank-Akt.	4	56 1/2 B
Vereinsbank Hamb.	4	101 G
Waaren-Kr. Anth.	5	—

Industrie-Aktien.		
Deffau. Kont. Gas-Akt.	5	107 1/2 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	86 1/2 B
Förder Hüttew. Akt.	5	75 B, 74 1/2 G
Minerva, Bergw. A.	5	25 1/2 B
Neustadt. Hüttew. A.	5	8 1/2 B
Concordia	4	107 1/2 G
Magdeb. Feuerver. A.	4	450 G

Prioritäts-Obligationen.		
Aachen-Düsseldorf	4	93 1/2 B
do. II. Em.	4	93 1/2 B
do. III. Em.	4	98 1/2 B
Aachen-Maastricht	4	67 B
do. II. Em.	5	67 B
Bergisch-Märkische	4	102 B [103 1/2 B]
do. II. Ser.	4	101 1/2 B [II. 55]
do. III. Ser.	3 1/2	86 1/2 B, IV. 104
do. Düsseldorf, Elberf.	4	—
do. II. Em.	5	—
do. III. Ser. (D. Seef.)	4	94 B
do. II. Ser.	4 1/2	99 1/2 G
Berlin-Anhalt	4	100 B
do.	4	102 G
Berlin-Hamburg	4 1/2	—
do. II. Em.	4 1/2	—
Berl. Pots. Mg. A.	4	98 B, B. —
do. Litt. C.	4	102 B
do. Litt. D.	4	102 B
Berlin-Stettin	4 1/2	—
do. II. Em.	4	96 1/2 B
do. III. Em.	4	96 1/2 B [IV. 44 1/2]
Bresl. Schwb. Freib.	4 1/2	— [102 1/2 B]
Brieg-Neiße	4 1/2	—
Cöln-Erfeld	4 1/2	99 B
Cöln-Minden	4 1/2	102 G
do. II. Em.	4 1/2	104 1/2 G
do.	4	97 B

Staats-Schuldssch.		
Kur-u. Neum. Schuld.	3 1/2	90 1/2 B
Berl. Stadt-Oblig.	4 1/2	102 1/2 B
do. do.	3 1/2	88 1/2 B
Berl. Börseh. Obl.	5	106 1/2 B
Kur-u. Neumarkt.	3 1/2	93 1/2 B
do. do.	4	101 1/2 B
Ostpreussische do.	3 1/2	88 1/2 B
Pommersche do. neue	4 1/2	100 1/2 G
do. do.	4	103 1/2 G
do. do. neue	3 1/2	9